

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, nach die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1.60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Berichtigungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Zusätze für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr** Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 82.

Diensstag, den 7. April 1903.

10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

An die Parteigenossen und Wähler!

Das Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei für die bevorstehende Reichstagswahl besteht aus den Genossen **B. Eisinger**, Vorsitzender, **B. Bape**, stellvertretender Vorsitzender, **Adolf Ehlers**, Kassierer, **J. Stelling**, Schriftführer und **G. Ehlers**, Beisitzer.

Alle Anfragen, Zuschriften, Sendungen usw. sind zu richten an **B. Eisinger**, Lübeck, Johannisstraße 50, demselben ist gleichfalls die Vermittlung der Referenten übertragen worden. Die Genossen und Vereine, welche zur Wahlagitatorien einen Referenten wünschen haben sich umgehend bei **Gen. Eisinger** zu melden. Die Referenten selbst können direkte Bestellungen nicht mehr berücksichtigen.

Das Reichstags-Wahlkomitee.

Die Stimmung des Volkes.

Das sogenannte **Rosettgesetz** macht den Junkern denn doch mehr Besorgnisse, als sie Anfangs zugeben wollten. Mit den schlechten Wiken ist es nun vorbei, nachdem es ihnen nicht gelungen ist, die Vorlegung des Gesetzes durch Intrigen und Machinationen auf den Hintertreppen und in den Salons zu hintertreiben. Die Mehrheit des Reichstags, die den Antrag **Nidert** seiner Zeit angenommen hat, wird die Vorlage annehmen, und es kommt nur darauf an, daß sie in beschlußfähiger Anzahl zur Stelle ist. Es liegt auch kein Anlaß vor, die Minderheit zu vergewaltigen, obgleich die konservativen Organe sich bereits im Voraus darüber beklagen werden. Zwar ist die Vorlage nicht ohne Mängel, im Ganzen aber bedeutet sie immerhin einen sehr wesentlichen Fortschritt. Weistreich sein wollende Leute haben allerlei Kanstücken ausgeflügelt, mit denen es den Reaktionen trotz Wahlkouverts und Jollirraum doch möglich sein soll, eine Kontrolle über die Abstimmung zu organisieren. Darüber zerbrechen wir uns den Kopf weiter nicht; jedenfalls wird mit der Vorlage ein Schutz des Wahlgeheimnisses garantiert, wie wir ihn in Deutschland bei den Reichstagswahlen bisher nicht gekannt haben. Dabei kommt es natürlich auch darauf an, daß die Regierung durch entsprechende Anweisungen an die Behörden dafür sorgt, daß die Vorschriften des Wahlreglements gewissenhaft und genau beobachtet und ausgeführt werden. Dem wird und kann sich die Regierung auch nicht entziehen, wenn es ihr mit der Sache Ernst ist.

Dagegen nehmen wir die „ernstesten Bedenken“, welche die konservative Presse gegen die Vorlage erhebt, ganz und gar nicht ernst. Denn wer nicht mögen will, dem kann der bessere Schutz des Wahlgeheimnisses nur willkommen sein; nur aber gegen diesen Schutz ankämpft, der verrät damit nur, daß er der Mogelei und Fälscherei Thor und Thür offen halten will. Bekanntlich haben einzelne konservative Organe ihr Demagogenspiel so weit getrieben, daß sie behaupteten die Vorlage biete nicht Schutz genug gegen den Wahlkorruptionismus der Sozialdemokratie! Man muß unsere Konservativen kennen, um es begreiflich zu finden, daß sie auf herartige Albernheiten gerathen können.

Für die Verathung der Vorlage wird jetzt schon von den Reaktionen eine Obstruktion vorbereitet versucht. Wir glauben nicht, daß die Herren damit Glück haben werden. Freilich werden sie später, namentlich in abgelegenen Landbezirken, Alles versuchen, um Verwirrung in die Wahlhandlung zu bringen. Nun, wenn dann zahlreiche Wahlproteste einlaufen, dann haben es die Herren selbst zu beantworten, und wenn es zu zahlreichen Kassationen kommt, dann haben sie auch den Schaden davon.

Die neue Reglementirung der Wahlhandlung wird den Vortheil haben, daß Hunderttausende, ja Millionen von abhängigen Wählern weit leichteren Herzens zur Wahlurne gehen werden, als in früheren. Gab es doch bisher eine Menge von Wählern, die sich bewußt waren, ihre Existenz aufs Spiel zu setzen, wenn sie gegen den Wunsch und Willen der Arbeitgeber, der Grundbesitzer oder der Pfaffen, stimmten. Auch die Beamten und Staatsarbeiter können nunmehr unbesorgt sein; die Kontrolle durch Vorgesetzte fällt weg. Wie oft mußte man früher noch nach der Wahl hören, daß Arbeiter entlassen worden waren, weil sie für den Sozialdemokraten gestimmt, und daß der Arbeitgeber noch den bitteren Hohn beigefügt hatte: „Daß Euch doch von Eurem Abgeordneten Arbeit geben!“ Dieser Anflug hört nun auf.

Man behauptet, die Regierung sei mit dieser Wahlvorlage gekommen, weil von einer einflussreichen Stelle gewünscht worden sei, man wolle doch einmal die wirkliche Stimmung des Volkes kennen lernen. Darin läge allerdings eine vernünftige Kritik des bisherigen Wahlverfahrens. Aber wenn mit **Kouberts** und **Jollirraum** gewählt wird, so wird man auch die in der Mehrheit des deutschen Volkes

herrschende Stimmung kennen lernen. Man wird dann erfahren, daß diese Stimmung dem in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ unlängst skizzirten Regierungsprogramm absolut nicht günstig ist. Für Handelsverträge läßt sich im deutschen Volke eine überwältigende Mehrheit gewinnen. Aber die Weltpolitik, die neuen Flottenpläne, die Vermehrung der Rüstungen überhaupt, die Kolonialpolitik — Alles das wird auf entschiedenes Widerstreben stoßen. Und gar die „Reichsfinanzreform!“ Jedermann weiß, daß dies verächtliche Wort so viel bedeutet, als neue Steuern, und davon will Niemand etwas wissen, als jene „oberen Zehntausend“, die alle Lasten auf den breiten Nacken des Volkes abwälzen wollen, um bei Kolonial- und anderen Spekulationen ihren Vortheil zu finden.

Aber wenn das Wahleresultat ergibt, daß die Mehrheit des deutschen Volkes gegen den tollen Wettlauf in den Rüstungen, gegen die Borg- und Defizitwirtschaft ist, wird man dann auf der bisherigen Bahn innehalten und umkehren?

Die Antwort auf diese Frage wird die Zukunft bringen. Wir brauchen kaum mehr zu betonen, von welcher Wichtigkeit aus allen diesen Gründen die bevorstehenden Wahlen sind.

Wir hoffen, daß die Deutschen von ihrem wichtigsten politischen Rechte so zahlreich wie niemals zuvor Gebrauch machen und den Beweis liefern, daß sie etwas gelernt haben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Scharfmacher an der Arbeit. Eine neue Organisation der Sozialistenköttereien während des Wahlkampfes ist nunmehr praktisch geworden. Von „herbortragenden und führenden Politikern verschiedenster Parteirichtung“ wird die Herausgabe einer „Anti-Sozialdemokratischen Korrespondenz“ betrieben, deren erste Nummer bereits vorliegt. Als Herausgeber fungirt Herr **Max Lorenz**, der einst selbst Sozialdemokrat war und als solcher sogar dem Redaktionsverbande der „Sächs. Arb.-Ztg.“ in Dresden angehörte, inzwischen sich jedoch längst nach rückwärts gemauert hat. Der Inhalt der ersten Nummer — uns lag dieselbe noch nicht vor — ist nach der Berliner „Volksztg.“ derart, daß, wenn die Sache in demselben Stil fortgesetzt wird, „die Sozialdemokratie diese Korrespondenz nicht zu fürchten, sie vielmehr zu begrüßen hat als eine Quelle, aus der sie das beste Material zu wirksamer Polemik gegen die Reaktion schöpfen kann.“ Wir kommen wohl noch auf die Sache zurück. Wer die Kapitalisten sind, die mittels der neuen Korrespondenz eine Art Kartell aller Sozialistenpfeffer Deutschlands für die Dauer des Wahlkampfes herbeiführen wollen, verschweigt leider der Prospekt. Und in welchen Beziehungen steht die Korrespondenz zu der Regierung? Vielleicht erfahren wir demnächst darüber Einiges aus den Scharfmacherblättern.

Der Streit um den Wahltermin dauert an. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ veröffentlicht die amtlichen Dokumente, die in dieser Sache ergangen sind. Am 21. März erließ der Reichskanzler an sämmtliche Bundesregierungen ein Schreiben, in dem diese mit Hinblick auf den Ablauf der Legislaturperiode angewiesen wurden, die erforderlichen Vorbereitungen zu den Wahlen zu treffen. Am 25. März erging Immediatbericht des Reichskanzlers an den Kaiser mit der Bitte, den Wahltermin auf den 16. Juni festzusetzen. Gleichzeitig wurden die Bundesregierungen durch ein dienstliches Telegramm unterrichtet, daß die Wahlen „voraussichtlich“ am 16. Juni stattfinden werden. Am gleichen Tage bezeichnete die „Nordd. Allg. Ztg.“ offiziös den 16. Juni als Wahltag. Nachdem inzwischen die Notiz des „Vorw.“ in die Welt gegangen war, erging am 28. März die kaiserliche Verordnung, tags darauf der Erlaß des Reichskanzlers an die Regierungen über Aufstellung und Auslegung der Wählerlisten. Die „Frei. Ztg.“ behauptet jetzt, der vom „Vorw.“ abgedruckte Passus aus dem amtlichen Wahlerlaß zur Aufstellung der Wählerlisten sei eine wörtliche Wiedergabe einer Bureauübersetzung des Wahlbureau Berlin, das den 17. Mai willkürlich als Stichtag genommen hatte, um die vorläufige Aufnahme der Wählerlisten zu regeln. Der „Vorw.“ hält dem gegenüber jedoch daran fest, daß ein preussischer Ministerialerlaß die Fertigstellung der Wählerlisten noch vor Ostern verfügt habe, und bezeichnet die Angaben der „Frei. Ztg.“ als Schwindel. Donnerstags sollte die Sache in der Berliner Stadtverordnetenversammlung zur Sprache kommen; doch wurde dies durch den Widerspruch eines Mitgliedes vereitelt.

Einen Haken, an dem sich eine Obstruktion gegen die Vorlage zur Sicherung des Wahlgeheimnisses halten könnte, behauptet die „Deutsche Tageszeitung“ frohlockend gefunden zu haben. Sie macht auf § 25 der Geschäftsordnung des Reichstags aufmerksam, in dem es heißt: „Anträge des Bundesrates sind, auch wenn sie Gesetzesentwürfe nicht enthalten, nach den Vorschriften über Gesetz-

entwürfe zu behandeln, wenn nicht mit Zustimmung des Bundesrates das abgekürzte Verfahren beschloffen wird.“ Dieser Paragraph der Geschäftsordnung ist allerdings bisher nicht beachtet worden. Die Vorlage steht bekanntlich auf der Tagesordnung der ersten Sitzung nach den Osterferien. Der Präsident hat auf die Tagesordnung gesetzt: „Verathung“ zc., nicht „erste und event. zweite Verathung“ zc. Die „Deutsche Tagesztg.“ kündigt ziemlich deutlich an, daß die Agrarier eine möglichst umständliche Verathung fordern werden. Sie meint, einzelne Bestimmungen des „Rosettgesetzes“ gäben zu den schwersten Bedenken Anlaß. Für die Interessenten der ungeschicklichen Wahlbeeinflussung allerdings!

Einen interessanten Einblick in die Art der verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen nationalliberalen und bündlerischen Kreisen gewährt eine Versammlung in Jena, in der der nationalliberal-bündlerische Kompromißkandidat vor die Wähler trat. Der Vorsitzende der Versammlung, **Justizrath Zeiß**, bedauerte zu Beginn der Versammlung lebhaft, daß ein so „herbortragender Parlamentarier, wie Herr **Wassermann**“, nicht wieder kandidiren könne. Es sei das unmöglich, da sich ein Theil der „reichtreuen“ Wähler entschieden gegen seine erneute Kandidatur erklärt habe, und Herr **Wassermann** nicht gegen ehemalige Bundesgenossen kämpfen könne und wolle. Für ihn habe man sich nun auf Herrn **Rittergut** und **Lehmann** geeint. Dieser Herr entwickelte darauf sein Programm, indem er sich zur Ueberwindung der Zucht vor vollkommener Wassermann's Politik einverstanden erklärte. Im Tarifkampfe seien allein die Nationalliberalen, die **Wassermann** folgten, die „klugen Jungfrauen“ gewesen. Es falle ihm gar nicht ein, für eine Bindung der Viehzölle einzutreten, wie es der Bund der Landwirthe, dessen Mitglied er allerdings seit langem sei, wolle u. s. w. Da war es denn natürlich, daß der antwefende nationalsoziale Kandidat des Wahlkreises, der **Bodenreformer A. Damaschke**, in der Diskussion sich die bescheidene Anfrage erlaubte, weshalb denn eigentlich „der herbortragende Parlamentarier“, Herr **Wassermann**, gehen mußte? Er erhielt eine überraschende Antwort aus der Versammlung, und Herr **Lehmann** bestätigte sie ausdrücklich in seiner Replik: **Das Zuchtgesetz sei die Veranlassung zu Wassermann's Sturz!** Weil der nationalliberale Führer sich nicht entschließen konnte, diesem unglückseligen Entwurf seine Zustimmung zu geben, deshalb ließen ihn die Nationalliberalen fallen. Der Bund der Landwirthe verzichtete auf Bindung der Viehzölle und auf alle anderen schönen Dinge, für die er sonst lärmend eintritt. Wenn ein Anhänger einer neuen Zuchtvorlage präsentiert wird, so ist ihm das wichtiger als aller „Schutz der Landwirtschaft.“ — Für den Wahlkampf im ganzen Reiche ist dieser Vorgang von symptomatischer Bedeutung.

Wahlnachrichten. Die polnisch-masurische Partei erläßt anläßlich der bevorstehenden Reichstagswahl ihren Wahlauftrag. In demselben wird für den Reichstagswahlkreis **Ortelsburg-Sensburg** ein Herr **Jonon Eugen Lewandowski**, ehemaliger Apotheker, als masurisch-polnischer Reichstagskandidat empfohlen. Weiter heißt es in dem Wahlauftrag, daß jeder Masur, gleichviel ob Protestant oder Katholik, für diesen Kandidaten stimmen müsse. — In **Schlochau-Plato** wurde **Justizrath Wagner-Berlin** (N.) gegen den Kandidaten des Bundes der Landwirthe, **Hilgenberg**, aufgestellt; die Spaltung der deutschen Parteien ist damit vollzogen. — In **Görlitz** stellte der nationalliberale Verein den Unterstaatssekretär a. D. **Frisch** (Groß-Lichterfeld) als Reichstagskandidaten auf. — Der Wahlauschluß zur Vertretung von „Mittelstand und Landwirtschaft“ hat als Kandidaten für **Gotha** Bürgermeister **Ausfeld-Stiebelen** aufgestellt. — Der konservative Zentralkomitee des Wahlkreises **Leitom-Weeskow-Storkow** hat im Verein mit dem „nationalen Wahlverein“ den **Malermaler Hr. Hammer-Behrendorf** aufgestellt, nachdem der **Scharfmacher Feilich** seine Kandidatur zurückgezogen hat, da er bereits in Frankfurt-Lebus sich um ein Mandat bewirbt. — Die Nationalliberalen stellten für den Wahlkreis **Fürth-Erlangen-Hersbruck** den Grafen **du Moulin-Graf** als Kandidaten für die Reichstagswahlen auf. — Vertreter der freisinnigen Volkspartei, der freisinnigen Vereinigung und der nationalliberalen Partei in **Geeftemünde** beschloffen einstimmig, von Sonderkandidaten abzusehen und als gemeinsamen liberalen Kandidaten für den 19. hannoverschen Wahlkreis, augenblicklich durch den Agrarier **Dr. Hagl** vertreten, den linksnationalliberalen **Dr. Wötter-Berlin** aufzustellen. — Die mit der Zollpolitik des Zentrums unzufriedenen katholischen Arbeiterwähler des **Düsseldorfer** Wahlkreises hatten, wie schon gemeldet, gegen den Zentrumsabgeordneten **Kirch** den **Berleger Johannes Fuzangel** in **Hagen** als Reichstagskandidaten aufgestellt. **Fuzangel** hat nunmehr die Erklärung abgegeben, daß er eine Kandidatur gegen einen Fraktionsgenossen nicht annehmen werde. Dazu bemerkt der „Christliche Hausnach“, das Organ der oben genannten Richtung: „Gewählt wird **Fuzangel** doch!“

Ueber die blutige Ordnungsbrettung beim **Maurerstreik** in **Bromberg** wird dem „Vorwärts“ ge-

Schreiben: Als die ersten Streikbrecher ankamen und von den Unternehmern am Bahnhof in Empfang genommen wurden, waren selbstverständlich auch Streikende zur Stelle. Es gelang diesen, sechs der Aufmärsche zu überreden, daß sie mit ihnen ins Streiktotal gingen. Dieser ganz legale Vorgang brachte die Unternehmer in so sinnlose Aufregung, daß sie unter dem Vorgeben, es sei ein Aufruf ausgebrochen, Polizei und Militär zur Hilfe riefen. Er erschienen auch Militär unter dem Kommando eines Leutnants. Der Offizier war einsichtig genug, sofort wieder zum Abmarsch zu kommandieren, als er die Situation über sah. Es lag eben nicht der geringste Grund zum Einschreiten vor. Die Polizei jedoch verhaftete bald darauf zwei Streikende, weil sie den Versuch machten, weitere Arbeitswillige über den Stand der Dinge aufzuklären. Das war am Montag; zu ernstlichen Zusammenstößen kam es an diesem Tage nicht; vor allem ist am Montag von den Streikenden oder der Bevölkerung nichts geschahen, was zum Einschreiten Anlaß gegeben hätte. Am Mittwoch trafen dann 7 Italiener ein, die sich als Streikbrecher hatten anwerben lassen. Um diese 7 Mann war der Bahnhof durch Militär abgesperrt und 40 Polizisten mit der blanken Waffe in der Hand transportierten die 7 Streikbrecher. Auf dem Elisabethmarkt war eine dichtgedrängte Menge aufgestaut, da das riefige Aufgebot bewaffneter Kräfte natürlich sowohl Aufregung wie Neugier unter der Bevölkerung wachrief. Ein Maurer hat den führenden Polizei-Inspektor, ihm zu erlauben, einige Worte der Aufklärung an die Italiener richten zu dürfen. Die Antwort auf dieses vollkommen gesegnete und berechtigte Verlangen war die Aufforderung zum Auseinandergehen an die Menge und die Drohung an den Maurer, ihn sofort zu verhaften, wenn er versuche, die Fremden zu sprechen. Darauf wurde allerdings bedauerlicherweise mit Steinen aus der Menge geworfen und dies war das Signal zur einer großen Säbelattacke. Von den Streikenden, die alle besonnene organisierte Leute sind und in ihren Versammlungen stets betont haben, daß nur Ruhe und Besonnenheit zum Ziele führen kann, sind die Steinwürfe nicht ausgegangen. Es hätte aber überhaupt nicht soweit kommen können, wenn auch die Polizei die kühle Besonnenheit gezeigt und nicht ganz grundlos und ganz unberechtigterweise zu Gunsten der Unternehmer aufgetreten wäre. Die vorgenommenen Verhaftungen wegen Ansprachen der Arbeitswilligen waren grundlos und ebenso die Drohung mit der Verhaftung für den Fall des Ansprechens. Und das gewaltige Aufgebot von Militär und Polizei mußte ja aufregend und provozierend wirken.

Ausweisung als Strafe für Streik. Die Frankfurter „Volksstimme“ meldet: Auf Veranlassung des Regierungspräsidenten von Wiesbaden wurde der Tischler Julius Koehsel aus Sigtet in Ungarn ausgewiesen. Koehsel gehörte zu den Streikenden der Frankfurter Firma Kothe und hatte inzwischen wieder in königlicher Arbeit gefunden. — Ausländische Arbeiter, die als Lohnbrücker in das Land kommen, werden mit offenen Armen empfangen. Wenn sie aber von ihrem, ihnen nach dem Gesetz zustehenden Koalitionsrecht Gebrauch machen, so werden sie bestraft.

Verhungert! Ein in einem Hause der Moosstraße in Köln wohnender 52jähriger Wittwer wurde Freitag im Bette liegend verhungert aufgefunden. Der Verstorbenen war arbeitslos und konnte die zu seinem Lebensunterhalt nötigen Mittel nicht beschaffen, weshalb er sich in seine Wohnung einschloß, wo er thätigst laut ärztlichem Gutachten den Hungertod erlitt. Und trotzdem leben wir in der „besten der Welten“!

Vom deutsch-polnischen Kriegsschauplatz. Der Breschener Prozeß wird noch ein Nachspiel haben. Wie die „Posten N. Nachr.“ melden, ist gegen 12 Mitglieder des polnischen Breschener Unterstützungs Komitees eine gerichtliche Untersuchung wegen Fluchtbegünstigung eingeleitet worden. Der Prozeß gegen die polnischen Gymnasialisten in Gnesen, von dem schon wiederholt die Rede war, ist auf Ende April verlagert worden. Zugleich ist ein neuer Prozeß gegen die polnischen Frauen und Mädchen angestrengt worden, welche unter dem Namen „Samopomoc“ (Selbsthilfe) einen polnischen Verein begründet haben, in dem sich die Mitglieder gegenseitig in der polnischen Literatur und Geschichte bilden wollten.

Der Herzogstreik zu Rühlhausen in Thüringen scheint durch das Entgegenkommen der Aerzte einen friedlichen Verlauf nehmen zu wollen. In einer Besprechung zwischen den Vorständen der in Frage kommenden Ortskrankenkassen und den Aerzten, an der auch Vertreter des Magistrats teilnahmen, haben sich die Aerzte dazu verstanden, ihre Forderungen für den Fall anzugeben, daß die Kassen nachweislich mehr als bisher überhaupt nicht leisten können.

„Garan al Rajid“. Die „Sünger Zeitung“ hatte jüngst die Nachricht gebracht, daß der Kaiser der öffentlichen Arbeiten Excellenz B u d d e eine Eisenbahnfahrt in der vierten Wagenklasse unternommen und dabei eine Unterhaltung über die Einrichtungen der Wagen dieser Klasse geführt habe. Das Generalsekretariat des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten theilt nun dazu mit, daß die ganze Schilderung auf Erfindung beruht. — Wie konnte man überhaupt nur nachsehen, daß eine preussische Ministerzelle in vierter Klasse fahren würde?

Kleine politische Nachrichten. Die „Akad. Monatshefte“, die den bürgerlich-demokratischen Tendenzen nahe stehen, weisen darauf hin, daß von den 35 preussischen Regierungspräsidenten 21 Konservativen gegenüberstehen. Wenn man zum Corps gehört als parlamentarischer Beamtenstandes weit bringen. **Reinhold: Nebenmache.** — Wie nunmehr feststeht, verläßt der bayrische Minister von Feilitzsch nach den Bahnen seinen Posten. Der Rücktritt des Ministers wird in München als eine Konzession an die Ultramontanen vor dem Zusammenbruch des Landtages betrachtet. — Infolge des Bürgerkrieges auf Dominica ist Commodore Scheder mit der „Binea“ zur Bahrung der handelspolitischen Interessen der Inseln nach St. Domingo beordert worden. — Dr. Karl Lueger wurde Sonnabend Vormittag mit 24 von 15 Stimmen wieder zum Bürgermeister von Wien gewählt. Die Liberalen gaben keine Stimmzettel ab. In seiner Dankrede wies Lueger auf die Größe der deutsch-jugoslawen Partei hin und erklärte, er sei Agnator und werde Agnator bleiben. — Nach einer Meldung der „Times“ aus Petersburg sind zwei Artillerie-Offiziere Namens Bawitschew und Gri-

gorjew wegen politischer Vergehen in der Peter Pauls-Festung eingekerkert. Eine Anzahl Offiziere und Militärbeamten seien derselben Sache halber in Kiew verhaftet worden. Im Departement für Militärjustiz sei eine besondere Section für politische Vergehen gebildet worden. Danach muß die freiwillige Bewegung im russischen Heer stark um sich greifen. — Der französische Ministerpräsident Combes verhängte neuerdings die Gehaltssperre über 28 Pfarrer, weil sie den Katechismusunterricht in bretonischer Sprache ertheilten. Der Bischof von Quimper erhob gegen diese Maßregel Einspruch und erklärte, daß die Geistlichen sich auch in Zukunft, wo es nötig sei, der bretonischen Sprache bedienen würden. — In Mustafa a Pascha wurde versucht, ein der türkischen Regierung gehöriges Petroleumlager zu zerstören. — Die Engländer haben Galadi in Somaliland besetzt, ohne auf Widerstand zu stoßen. — Nach einer dem Neuterischen Bureau aus Johannesburg zugegangenen Mitteilung sollen dort 30000 Einwanderungsgesuche von Finländern vorliegen, die aus ihrem, von Rußland geknutteten Vaterlande geflüchtet sind.

Dänemark. **Kaiser und Sozialdemokrat.** Bei einer Soiree beim Kronprinzenpaar wurde, nach dem „Berl. Tagebl.“, neben anderen Spitzen der kopenhagener Kommunalverwaltung auch der neuere sozialdemokratische Bürgermeister Jensen dem deutschen Kaiser vom Kronprinzen vorgestellt. Der Kaiser unterhielt sich einige Minuten mit ihm. — Vorläufig verfahren wir die Nachricht noch mit einem großen Fragezeichen. Einmal glauben wir nicht recht daran, daß Jensen die Soiree besucht haben wird, und zweitens können wir uns kaum denken, daß Wilhelm II. Verlangen getragen haben sollte, sich mit einem von der „vaterlandslosen Rotte“ in ein Gespräch einzulassen.

Oesterreich-Ungarn. **Spionageprozeß.** Der ehemalige Oberleutnant Bartmann, der im Jahre 1897 wegen Spionage zu fünf Jahren schweren Kerkers verurtheilt worden war, wurde Sonnabend nach zweitägiger Verhandlung vom Wiener Gericht wegen Erpressung, begangen an der Heeresverwaltung, zu 3 1/2 Jahren schweren Kerkers verurtheilt. Bartmann hatte von der Heeresverwaltung gefordert, sie solle eine von ihm verfaßte Denkschrift über den Ausbau der österreichisch-ungarischen Wehrkraft antausen oder ihn abfinden, widrigenfalls er die Denkschrift einer auswärtigen Macht zur Verfügung stellen oder ihr Randschafterdienste anbieten werde. Aus den Verhandlungen ist noch die Erzählung des Angeklagten über seinen Aufenthalt in Rußland bemerkenswerth. Zweimal wöchentlich war Bartmann in Petersburg beim Generalstabeschef Juzew zu Tisch geladen und durch dessen Vermittlung wurde er auch von Potjedonaszew, dem Drahtzieher der russischen Reaktion, empfangen. Nachdem Bartmann seine fünfjährige Kerkerstrafe abgehüßt hatte, bat ihm Generalstabeschef Juzew wiederum angeboten, für Rußland Spionage zu treiben.

Holland. **Zur Lage.** Neuerliche Verhandlungen der streikenden Bootführer mit den Arbeitgebern des Schiffahrtsbetriebes verliefen abermals resultatlos; insolge dessen ist die Spannung zwischen beiden Parteien schärfer als vorher. Bei der niederländischen Schiffbaugesellschaft sind 200 Arbeiter in Streik getreten, weil ein Mitglied der Organisation entlassen wurde. Drei Fabriken, in welchen ca. 2000 Arbeiter beschäftigt sind, machten Sonnabend durch Anschlag in der Fabrik bekannt, daß sie nur noch die vorhandenen Vorräthe aufarbeiten. Das dürfte 4 bis 5 Tage dauern, worauf der Betrieb bei anhaltendem Streik stillsteht. Am Montag muß bereits die Hälfte der Arbeiter entlassen werden. In der Stadt und im Hafengebiet ist bis jetzt alles vollkommen ruhig. Kleine Straßenaufläufe, die vorkamen, haben nichts mit dem Streik zu thun.

Spanien. **Die Studentenkravalle in Madrid** dauerten am Freitag bis nachts 1 Uhr und wurden Sonnabend fortgesetzt. Am Freitag wurden bei den Zusammenstößen mit der Polizei insgesamt 30 Personen verwundet, darunter 10 Polizisten; ein Polizist wurde durch einen Steinwurf getödtet. Sonnabend Nachmittag kam es abermals zu einem schweren Zusammenstoß zwischen ungefähr 3000 Arbeitern, Studenten und der Polizei, der schließlich in einen wahren Kampf ansetzte, wobei viele Revolverkugeln abgegeben und wiederum mehrere Personen verwundet wurden. In Salamanca fanden ebenfalls neue Kravalle statt. Ein Polizeileutnant wurde schwer verletzt. Ähnliche Kundgebungen erfolgten auf allen anderen Universitäten. Die Regierung beschloß, die Osterferien schon Sonnabend beginnen zu lassen, und befahl dem höchsten Gericht, eine Untersuchung gegen den für das Blutbad in Salamanca verantwortlichen Gouverneur einzuleiten. Die Studenten in Valencia verlangen fortdauernd die Absetzung des Gouverneurs.

Amerika. **Der venezolanische Kongreß** lehnte die Annahme des deutschen, britischen und italienischen Protokolls ab, weil er keinen Präzedenzfall schaffen will, ertheilte jedoch Capro Vollmacht, nach Gütlichen zu verfahren.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 6. April 1903.
Die Furcht vor der Sozialdemokratie hat nunmehr auch den Verein der Landbewohner gepackt. In einem Appell an die Landbewohner werden Letztere dringend aufgefordert, das Bürgerrecht zu erwerben. Man befürchtet gerade auf dem Lande Ueberrumpelungen durch die Sozialdemokratie. — Mögen die Parteigenossen in Stadt und Land durch energische Agitation für die Bürgerrechtswahlen dafür sorgen, daß diese Befürchtung unserer Gegner zutrifft, und die nächste Bürgerrechtswahl auch der Sozialdemokratie einige Siege in der Bürgerschaft bringt!
Zur Lohnbewegung der Schuhmacher. Seitens der Lohnkommission wird uns mitgeteilt, daß die Herren Dr. Gwertl, Ametrane 3a und Brauer, Meierstraße, nachträglich noch die Forderungen der Gehilfen anerkannt haben.
Als unbotmäßig haben die Steinzeigermeister die Forderungen ihrer streikenden Arbeiter hingestellt. Diese erstreben bekanntlich eine Mehrforderung von 5 Pfg., also

für Steinzeiger einen Stundenlohn von 60 Pfg. Demgegenüber ist es interessant, zu konstatieren, daß die Steinzeiger früher einen Stundenlohn von 70 Pfg. erhalten haben. Dieser Lohn aber war mehreren der damaligen Steinzeiger nicht hoch genug, deshalb wurden sie Meister. Unter solchen Umständen erscheint das Schreiben der Herren über die „unberechtigten Forderungen“ der Streikenden in einem etwas sonderbaren Lichte. — Die Zahl der Streikenden beträgt 60, darunter 24 Steinzeiger, 12 Kamer und 24 Hülfсарbeiter. Von diesen sind jedoch schon mehrere anderweitig in Arbeit getreten, jedoch sich also die Zahl der Streikenden bereits vermindert hat.

Die Errichtung eines fünften Senates beim Hanseatischen Oberlandesgericht, für welche sich bekanntlich der Bürgerausschuß gutachtlich ausgesprochen hat, ist eine unbedingte Notwendigkeit, was schon aus den häufigen Klagen über Prozesse hervorgeht. So liegt bei einem Senate zwischen der Einreichung der Berufungsschrift und dem ersten Verhandlungstermin regelmäßig ein Zeitraum bis zu 8 Monaten. Das ist eine enorme Zeit. Aus diesem Grunde hat denn auch die Hamburger Bürgerschaft sich einstimmig für die Errichtung eines 5. Zivilsenats ausgesprochen. Aus den Kreisen der Bürgerschaft wurde betont, daß man eigentlich schon an die Errichtung eines 6. Senates denken müsse.

Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben an Staatssteuern im März 1903. Es gingen ein an Einkommensteuer 21 398,21 Mk., Erbschaftsteuer 69 657,31 Mk., Veräußerungsabgabe 51 295,55 Mk., Stempelabgaben 11 673 Mk., Schiffsabgaben 24 299,86 Mk., zus. 178 323,93 Mk. Gegen 75 459,10 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres. Hier ist mithin ein Mehr von 102 864,83 Mk. zu verzeichnen: eine ganz beträchtliche Mehreinnahme brachte die Erbschaftsteuer mit 60 754,38 Mk. und die Veräußerungsabgabe mit 24 442,95 Mk. Das verfloßene Finanzjahr (vom 1. April 1902 bis 31. März 1903) ist gegen das vorhergehende insofern ein günstigeres gewesen, als es uns eine Mehreinnahme von 78 723,37 Mk. brachte. Hier ist es die Veräußerungsabgabe, welche als Ausreißer fungierte; brachte diese doch 74 576,33 Mk. mehr als im vorhergehenden Jahr ein. Und trotz dieser Mehreinnahmen 25 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer!

Die Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands genügt laut Bekanntmachung des Reichsanwalters im „Reichs-Anzeiger“ nicht mehr den Anforderungen des § 75 des Kranken-Versicherungs-gesetzes. Die Mitglieder der Kasse sind also jetzt gehalten, der Gemeindefrankenversicherung oder einer nach Maßgabe des Krankenversicherungs-gesetzes errichteten Krankenkasse anzugehören.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
- 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
- 3) Militär-Papier.
- 4) Anmeldebchein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist.) Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbstständigen Handwerkern):
- 5) Gewerbe-Anmeldebchein.
- 6) Innungsmitgliedschein.

Ist der Antragsteller verheiratet, so sind außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:

- 7) Heirathsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtschein der Ehefrau.
- 8) Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältlich Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße 1. Stage, Zimmer Nr. 6, Werktags in der Zeit von 9-1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos.

Parteigenossen, erwerbt das Bürgerrecht!

Zuzug von Steinzeigern, Kammer und Hülfсарarbeitern nach Lübeck ist fernzuhalten!

o Der Vortragabend, den Herr Hossch aufpieler Emil Blöb am Palmsonntag im Wilhelmtheater veranstaltet hatte, war, wie immer, außerordentlich gut besucht, selbst das Orchester war ausverkauft. Herr Blöb rezitierte Ebert's „Dulcor“, die Seidel'sche Ballade „Der Falschmünzer“ und den Einakter Theodor Körner's „Die Sühne“. Während ihm, dessen warmes, volles Organ zur Genüge bekannt ist, die beiden ersten Rezitationen im Vortrag außerordentlich gut gelangen, vermiften wir bei der nötigen Abgrenzung der auftretenden Personen. Hier wäre eine stärkere Individualisirung der handelnden Personen zum besseren Verständnis des Ganzen recht sehr angebracht gewesen. Das Publikum zeichnete Herrn Blöb durch stürmischen Beifall aus. Neben Herrn Blöb sangen noch Fr. Schöndorff (an Stelle von Fr. Barck, die sich unwohl fühlte), Fr. Salla, Fr. Caro, die Herrn Malten, Frank, Brischke und Scholz, sämtlich vom Stadttheater, einige Lieder, die sich nicht minder lebhaften Beifalles zu erfreuen hatten. Zwei noch angeländigte Quartette der eben genannten vier Herren konnten leider nicht zum Vortrag gelangen, weil Herr Malten im Laufe des Abends unspätlich wurde. Die Musikbegleitung der Gesänge führte Herr Kapellmeister H. Weyß geschickt aus.

Kontrollversammlung. Am Dienstag um 9 Uhr haben sich sämtliche Mannschaften der Infanterie, Jahresklasse 1898, und um 11 Uhr dieselben Mannschaften der Jahresklasse 1897 zu melden.

Der Neubau eines Schulhauses in Rücknitz nebst einer Lehrerwohnung mit einem Kostenaufwand von 33 000 Mk. ist der Bürgerschaft vom Bürgerausschuß zur Mitgenehmigung empfohlen worden. Die Schule soll an der Travemünder Chaussee auf dem am Ende des östlichen Theils der Siemser Lannen belegenen Staatsplatz in der Nähe der Gummündung des Feldweges nach Siems errichtet werden.

Bezüglich der Anstellung eines Wächters am Kanalhafen wird uns mitgeteilt, daß bereits am 1. April ein Wächter angestellt worden ist. Jedenfalls hat man eingesehen, daß ein solcher an genannter Stelle unbedingt notwendig war.

Stadttheater. Aus der Kasse schreibt man uns: Dienstag geht Goldmads große Oper „Die Königin von Saba“ als Vortheilsabend für Herrn Kapellmeister Trummer zum ersten Male in Scene. Mittwoch folgt bereits zum 7. Male das Ausstattungsspiel „Der

Blinde Passagier. Am Donnerstag wird, wie schon berichtet, *Maria von Magdala* aufgeführt. Ein Polizei-Verbot machte die Darstellung dieses Dramas von Paul Heyse in Preußen unmöglich. Auch die von Tausenden besuchten Berliner Protestversammlungen blieben erfolglos. Als sich die freien Hansestädte dieses Landes eines deutschen Meisters annahmen, durfte sich auch Lübeck nicht ausschließen. Wir dürfen erwarten, daß unser Theaterpublikum sich an der Dichtung recht erfreuen wird. Der Stoff lehnt sich eng an die Erzählung des neuen Testaments an.

Gewerbe-Anmeldungen für die Monate Januar, Februar, März 1903: Agenten und Kommissionäre 6, Architekten 2, Bäcker 4, Barbier und Friseur 3, Bierhändler 3, Brauereibesitzer 1, Brodhändler 2, Bürstenmacher 1, Konfiturenhändlerinnen 1, Färber 1, Fensterreinigungsinstitutsinhaber 1, Fettwaarenhändler 2, Feuerversicherungsagenten 6, Fleischhändler 1, Gastwirthe 6, Handelsleute 18, Hüter und Flaschenbierhändler 12, Hüter 1, Kaufmann 3, Kaufleute 16, Klempner 1, Krämer und Flaschenbierhändler 10, Kranz- und Blumenbinder 1, Kunstgärtner 1, Lotterie-Kollektoren 4, Maler 4, Maler 8, Maurer und Bauunternehmer 6, Mechaniker 2, Möbel-fabrikanten 1, Musiker 2, Naturheilkundige 1, Obst- und Gemüsehändler 1, Puzwarenhandwerker 1, Sattler und Tapeziere 1, Schäftmischer 1, Schänkwirthe 14, Schiffszimmerplanhändler 1, Schlachter 2, Schlosser und Mechaniker 3, Schneider 2, Schneiderinnen 4, Schreibmaterialienhändler 1, Schuhmacher 4, Seifenbinder 1, Seifenpulverhändler 1, Seisenwirthe 1, Stellenermittler 1, Tabak- und Zigarrenhändler 4, Tapetenhändler 2, Tapeziere und Dekorateur 1, Terrazzo- und Mosaikleger 2, Tischler 7, Tischler 3, Trödler 3, Uhren- und Goldwaarenhändler 1, Viehhändler 1, Wäscher 1, Weiß- und Wollwaarenhändler 1, Zahntechniker 2, Zimmermeister 1, zusammen 199.

Lebensmüde. Der in der Fischergrube wohnende Schuhmachermeister Hamann hat sich Sonnabend in seinem Keller erhängt. Das Motiv der That scheint darin zu liegen, daß H. vor einiger Zeit seine Frau verlor, und daß seine hierdurch hervorgerufene Unlust am Leben noch vermehrt wurde durch die erfolgte Kündigung einer Hypothek in seinem Grundstück. So hat denn der bedauernswerthe Mann schließlich seinem Leben freiwillig ein Ziel gesetzt.

Gefundene Gegenstände. Im Monat März d. Js. sind beim Polizeiamte als gefunden eingeliefert und nicht wieder abgeholt worden: Diverse Portemonnaies mit und ohne Inhalt, diverse Regenjacken, Handschuhe, Taschentücher, ein kleines Paket mit Leinwand, 1 Schürze, 1 großer Hammer, 1 Fahrradglocke, 1 Haarfaß, 1 Kinder-Umhängetasche, 1 kleine Haarbürste (gez. J. C. S.), 1 Arbeitsbeutel, 1 silberne Damenuhr mit Kette, 1 Medaillon mit zwei Photographien, 2 Kragenschoner, 1 Trauring, 1 graue Weste, 2 Paar Manschetten, 1 Borbeind, 1 vergoldeter Kneifer mit schwarzer Schnur, 1 Paket mit Koffelstangen u., ein Paket Kleiderfutter, ein Schleier, zwei Nickel-Uhrketten, eine Kinder-Unterhose und ein Messer.

pb. Verschwundener Lithographiestein. Am Freitag den 3. d. Ms. Nachmittags stellte der Hausdiener eines hiesigen Geschäfts vor einem an der Falkenstrasse belegenen Grundstück einen in Papier gewickelten Lithographiestein hin, während er in dem Hause eine Besorgung machte. Als er nach kurzer Zeit zurückkehrte, war der Stein verschwunden. Es wird ein von Kindern ausgeführter Diebstahl oder Diebstahl vermutet.

pb. Körperverletzung durch einen Radfahrer. Gegen einen in der Engelsgrube wohnhaften Schneidermeister wurde Anzeige wegen fahrlässiger Körperverletzung erstattet, weil er an der Untertrave mit seinem Rade ein 7 Jahre altes Mädchen überfuhr, und dasselbe hierbei nicht unerheblich verletzte.

Bestätigt vom Stadt- und Landamte sind der in Kämpelsdorf zum Mitglied des Gemeindevorstandes erwählte Gärtner C. F. H. Schoppenhauer, der in Hollenbeck wiedergewählte Güner H. J. F. Rundes-hagen und der in Schattin zum Vorliegenden des Gemeindevorstandes erwählte Hufenschmied R. J. W. Bedelhoff.

In das Handelsregister ist eingetragen worden: Bei der Firma J. H. Lentsch in Lübeck: Die Firma lautet jetzt: John Jacobsen, J. H. Lentsch Nachf. J. J. J. Inhaber: C. H. J. Jacobsen, Kaufmann in Lübeck; bei der Allgemeinen Deutschen Viehverversicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit zu Lübeck mit dem Sitze in Lübeck: Die Firma lautet jetzt: Allgemeine Deutsche Viehverversicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit zu Berlin. Der Sitz der Gesellschaft ist nach Berlin verlegt. Die offene Handelsgesellschaft unter der Firma Markmann u. Meyer in Lübeck. Persönlich haftende Gesellschafter sind: W. H. Markmann, Kaufmann, R. J. C. Meyer, Kaufmann. Die Gesellschaft hat am 1. April 1903 begonnen; bei der Firma J. W. Kaibel in Lübeck: Persönlich haftende Gesellschafter sind: C. Robert, Kaufmann, H. A. G. Schulze, Kaufmann. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. April 1903 begonnen; bei der Firma Heinrich Friedrich Böttcher in Lübeck: Die Firma ist erloschen.

Cutin. Die Regierung erläßt folgende Bekanntmachung, betr. die Neuwahlen zum Reichstage: Nachdem durch Kaiserliche Verordnung vom 28. März d. J. die Wahlen zum Reichstage auf den 16. Juni d. J. angesetzt worden sind, werden die Gemeindevorstände (Stadtmagistrat der Stadt Cutin) hierdurch beauftragt, unverzüglich die Auffstellung der Wählerlisten nach §§ 1, 2, 3, 7 und 8 des Reichstagswahlgesetzes vom 31. Mai 1869 (Bundesgesetzblatt S. 275) zu beginnen und sie nach Möglichkeit zu fördern. Die Wählerlisten sind vom 15. bis 22. April d. J. (beide Tage einschließlich) zu Jedermanns Einsicht öffentlich auszulegen. Vor dem Anfange der Auslegung haben die Gemeindevorstände unter Hinweis auf § 3 des Reichstagswahlgesetzes rechtzeitig auf ortsübliche Weise bekannt zu machen, daß und an welchem Orte die Auslegung stattfindet. Vordrucke für die Wählerlisten und zwar Kopsbogen in geringerer, Einlagebogen in größerer Anzahl, sowie Vordrucke für die von den Gemeindevorständen (Stadtmagistrat) gemäß § 3 Absatz 3 des Wahlgesetzes zu erlassende Bekanntmachung werden den Gemeindevorständen (Stadtmagistrat) unentgeltlich gegeben. Die Uebergebung der im Wahltermin selber erforderlichen Protokollvordrucke, für die vom Bundesrath eine Fassung festgestellt, aber noch nicht veröffentlicht ist, sowie der nach den neuen Beschlüssen des Bundesraths zu benutzenden Umschläge erfolgt später. Im Uebrigen bemerkt die Regierung folgendes: 1. Im Fürstenthum Lübeck bildet jede Gemeinde, wie bei den letzten Reichstagswahlen, einen besonderen Wahlbezirk, es zerfällt jedoch die Stadt-gemeinde Cutin in zwei Wahlbezirke, von welchen der erste aus dem ersten und zweiten Stadtbezirk, der zweite aus dem dritten, vierten und fünften Stadtbezirk gebildet wird. 2. Die Wählerlisten sind für jeden Wahlbezirk und zwar in doppelter Ausfertigung aufzustellen. In die Listen sind die zum Wählen berechtigten Personen in alphabetischer Ordnung (so weit nicht § 1 des Wahlgesetzes eine Ab-

weichung gestattet) nach Vor- und Zuname, Alter, Stand oder Gewerbe, Wohnort und Religion einzutragen. In Betreff der auf die Religion bezüglichen Eintragungen genügen die Abkürzungen: E. für evangelisch, K. für katholisch, D. (Dissident) für die übrigen christlichen Bekenntnisse und J. für Juden. 3. Wähler für den Reichstag ist jeder Angehörige des deutschen Reichs, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat, in dem Bundesstaat, in dem er seinen Wohnsitz hat; für Personen des Soldatenstandes, des Heeres und der Marine ruht die Berechtigung zum Wählen so lange, wie sie sich bei der Fahne befinden. Von der Berechtigung zum Wählen sind nach § 3 des Reichstagswahlgesetzes ausgeschlossen: a. Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen; b. Personen, über deren Vermögen Konkurs-Fallzustand gerichtlich eröffnet worden ist und zwar während der Dauer dieses Konkurses oder Fallit-Verfahrens; c. Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindegeldern beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben; d. Personen, denen infolge rechtskräftigen Erkenntnisses der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, für die Zeit der Entziehung, sofern sie nicht in diese Rechte wieder eingesetzt sind. Ist der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte wegen politischer Vergehen oder Verbrechen entzogen, so tritt die Berechtigung zum Wählen wieder ein, sobald die außerdem erkannte Strafe vollstreckt oder durch Begnadigung erlassen ist. 4. Demnach ist in jedem Wahllokale ein Abdruck des Wahlgesetzes und des Reglements anzulegen, ist auf rechtzeitige Beschaffung einer genügenden Anzahl Abdrücke und zwar vom Wahlreglement in der vorausichtlich in kurzem erscheinenden neuen Fassung auf Gemeindegeldern Bedacht zu nehmen (§ 16 des Wahlgesetzes). — Jetzt heißt es für die Genossen im Fürstenthum, alle Kräfte anzuspannen, damit der 1. oldenburgische Wahlkreis für die nächsten 5 Jahre durch unseren Genossen H. u. g. im Reichstage vertreten ist. Jeder Parteigenosse muß sich nunmehr freudig in den Dienst unserer Sache stellen und für seine Person sein redlich Theil mit zur Erreichung dieses Zieles beitragen. An die Arbeit!

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargemeinde. Die Landschaftsgärtner von Blankensee, Willentowen, Hochkamp und Umgegend befinden sich in einer Lohnbewegung. Es sind Unterhandlungen eingeleitet. In denjenigen Betrieben, wo die Unterhandlungen zu keinem Resultat führen, wird am Montag, 6. April, die Arbeit eingestellt. — Bei der Firma H. Wegner, Steinse- meister und Steinbruchbesitzer in Grohn bei Wegesfeld legten am 2. April ca. 30 Steinsezer die Arbeit nieder. Wie verlautet, sind die Arbeiter unorganisiert.

Kleine Chronik der Nachbargemeinde. Die Kriminalpolizei in Hamburg verurtheilte einen Kassirer des Zentral- hallentheaters in Hamburg-St. Pauli unter der Beschuldigung, bedeutende Geldsummen, die ihm anvertraut waren, unterschlagen zu haben. — In Siggelkow bei Barchim zerstörte ein Feuer die Wüdnerei Wies und die Wohnhäuser der Erbpächter Harm und Behrends. Das Feuer sprang dann auf das Gehöft des Erbpächters Schabbel über. Harm hat besonderen Schaden erlitten, da die verbrannten Mobilien und Futtermittel angeblich nicht versichert sind. Das Vieh konnte überall gerettet werden. — Die Zahl der Auswanderer über Bremen im Monat März betrug 1962, darunter 1400 deutsche. Im ersten Vierteljahr dieses Jahres wanderten 4428 Personen aus, gegen 36396 im Vorjahre, darunter 2336 bzw. 2105 deutsche.

Altona. Ein schrecklicher Lustmord. Am Winterplatz in Altona wurde Sonnabend Nacht die 24jährige Prostituirte Anna Schmidt todt aufgefunden; es liegt ein Lustmord vor. Als Thäter wurde der aus Ham- burg stammende Hausknecht Mailau verhaftet; man vermutet, daß dieser in den letzten Monaten auch die anderen, bisher ungeklärten Frauenmorde in Hamburg und Altona verübt hat.

Kiel. Ein Schiffszusammenstoß der deut- schen Marine unterlag der Rechtsprechung des Kriegs- gerichtes. Dasselbe verurtheilte den Kapitän zur See Jacobson, Kommandanten des Artillerieveruchschiffs „Breda“, zu dreitägigem Stubenarrest, weil er durch Fahrlässigkeit einen Zusammenstoß mit dem Artillerieschiff „Brummer“ herbeigeführt habe, wodurch letzteres erheblich beschädigt wurde. Der Vertreter der Anklage hatte Rechtsprechung beantragt. Jacobson legte sofort Ver- rufung ein.

Neustrelitz. Arbeit für den Staatsanwalt. In Neustrelitz und Strelitz (Alt-) sind bekanntlich die Maurer- und Zimmerer seitens der Arbeitgeber am 1. April ausgesperrt worden, weil diese eine geringe Mehrforderung stellten. Nunmehr verjendet der Vor- stand des Arbeitgeber-Verbandes für Meck- lenburg-Strelitz folgendes vertrauliche Zir- kular, von denen auch uns eins freundlichst zur Ver- fügung gestellt wurde:

Neustrelitz, den 1. April 1903.

An die Mitglieder des Arbeitgeber-Verbandes für Mecklenburg-Strelitz. Die Maurer- und Zimmermeister zu Neustrelitz und Strelitz (Alt-) hatten mit den Gesellen einen Lohn-Vertrag bis zum 1. April d. Js. abgeschlossen, wonach 35 Pfg. pro Stunde bezahlt wurde. Dieser Vertrag wurde am 1. Januar d. J. von den Gesellen rechtzeitig gekündigt und verlangten dieselben eine Lohnerhöhung von 40 Pfg. pro Stunde.

Die Arbeitgeber von Neustrelitz und Strelitz (Alt-) sahen sich nicht veranlaßt in Anbetracht der geringen Bauhätigkeit in diesen Städten, diese Forderung zuzu- billigen und blieben alle Verhandlungen, den früheren Vertrag zu verlängern, ohne Erfolg.

Die Arbeitgeber erklärten nun den Gesellen, die Ar- beiten bei den Bauten am 1. April d. Js. einzustellen, falls die den Gesellen gestellten Bedingungen von den- selben nicht angenommen würden. Da dies letztere nicht geschah, haben die Maurer-, Zimmermeister und Bauunternehmer sämtliche Gesellen entlassen.

Nach den Bestimmungen des Statuts unseres Ar- beitgeber-Verbandes eruchen wir, die von uns ent- lassenen Gesellen nicht in Arbeit zu stel- len, falls dieses schon geschehen sein sollte, dieselben sofort zu entlassen. Ferner bitten wir den Neustrelitzer und Strelitzer Kollegen in jeder Weise durch Entsendung von Arbeitskräften, Lehrlingen u. s. w. beizustehen und dafür Sorge zu tragen, daß den Neustrelitzer und Strelitzer Kollegen ihre Bauten bis nach Beendigung des Streiks ver- bleiben.

Der Vorstand des Arbeitgeber-Verbandes für Mecklenburg-Strelitz. G. Becker. Otto Wolter. (Folgen die Namen der Ausgesperrten.)

Ein weiteres Eingehen auf dieses Angstprodukt der Bauunternehmer Neustrelitz' erübrigt sich wohl. Würden wir nicht im Klassenstaat leben, dann wäre zu erwarten, daß der Staatsanwalt gegen den Vorstand des gen. Ver-

bandes wegen Verurtheilung einschreiten und so den Arbeitern zu ihrem Rechte verhelfen würde. Da hieran aber nicht zu denken ist, so bleibt den Arbeitern weiter nichts übrig, als sich zu organisiren und ferner am Tage der Wahl durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stim- zettels den Herren, welche andere Leute an freiwilliger Arbeit hindern, die richtige Antwort auf ihr prokenhaftes Vorgehen zu ertheilen.

Bremen. Eine gründliche Abrechnung mit den in der Bürgerchaftsitzung zu Tage getretenen sozial- politisch rückständigen Ansichten des Herrn Bürgermeisters Dr. Gröning, mit dem eigenthümlichen Vorgang, daß ein als offizieller Vertreter des Senats in der Bürgerchaft anwesender Bürgermeister in die Reichstagswahl-Agitation eingreift und den Kandidaten der Sozialdemokratie herab- zusehen sucht, mit den Ausfällen desselben Herrn auf die Sozialdemokratie, ferner mit dem Verluh des Lloydau- sichtsatzesmitglied's Nolde, die brutalen Maßnahmen des Lloyd zur Schändung des Koalitionsrechts zu rechtfertigen, leitete die letzte Sitzung der Bürgerchaft ein, so gründlich, daß die liberalen Redner ziemlich zaghaft an die Aufgabe einer Widerlegung der wirkungsvollen circa einstündigen Rede Herr's herangingen und in ihren ganzen Ausführ- ungen auch ziemlich zaghaft blieben. Der Erfolg der Redeschlacht, an der sich noch mehrere liberale und sozial- demokratische Redner beteiligten, war entschieden auf Seiten der Sozialdemokratie. — Ein Meinfall des Bürgermeisters Gröning. Die Bremer Bürgerzeitung brachte am 1. April einen Aprilscherz, wonach Bürgermeister Gröning den Genossen Schmalfeldt in seiner Wirthschaft in Bremerhaven aufgesucht und sich mit ihm über Wirthschafts- und Handelspolitik unterhalten hat. Auf diesen Aprilscherz ist der Herr Bür- germeister hineingefallen, denn Abends in der Bürgerchaftsitzung widersprach er auf das Entschiedenste, daß er, wie die Bremer Bürgerzeitung mittheilt, in Bremerhaven gewesen sei und mit Herrn Schmalfeldt Rücksprache genommen habe. Er kenne Herrn Schmalfeldt gar nicht und sei auch in letzter Zeit nicht in Bremerhaven gewesen. Die No- tiz in der „Bremer Bürgerzeitung“ sei also völlig er- funden. Genosse Schmalfeldt hat der „Bremer Bürgerzeitung“ noch keine „Berichtigung“ zugesandt und wird es auch nicht thun, denn sein gesunder Men- schenverstand hat den Scherz sofort erkannt, während der juristische Scharfsinn des Bürgermeisters das nicht ver- mochte. Genosse Schmalfeldt hat also auch hier seine Be- fähigung zum Reichstagsabgeordneten erbracht, denn Leute mit gesundem Menschenverstand und Mutterwitz kann man in Berlin nothwendig gebrauchen, während dort ju- ristische und kapitalistischer Dünkel, der die einfachsten Dinge nicht begreift und darüber plump hinwegstolpert, im Ueberfluß vorhanden sind.

Bremerhaven. Die Hafenarbeiter-Organisa- tion ist nicht zerstückt, sondern steht heute genau so kräftig da, wie vor den Lloyd-Maschinen, und der Geist unter den Arbeitern, denen man das Koalitionsrecht nehmen wollte, ist heute ein noch weit besserer, wie er jemals war. Die brutale Vergewaltigung der Lloyd- Scharfmacher hat eine ungeheure Erbitterung hervor- gerufen, und man brennt förmlich darauf, den Herren die Luitung für ihre Frevelthat ausstellen zu können. Herr Generaldirektor Wiegand — daß dieser der Oberscharf- macher des Lloyd war, war längst offenes Geheimniß — und Herr Bürgermeister Gröning sollen an dem Wahl- resultat am 16. Juni ihre Freude haben. Der kleine Bremerhavener Schenkwirth wird ihnen dann bei passender Gelegenheit ganz gehörig einheizen.

Lübecker Stadttheater.

Hannibal. Drama in 3 Akten von Walter Friede- man n. Habe es in Lübeck zu etwas wie ein literarisches Publikum, so hätte das Theaterbarometer am Sonnabend Abend Sturm gezeigt und Friedemann's „Hannibal“ wäre mit Pauken und Trompeten durchgerastet. Da man in- dessen in Lübeck nicht den Ehrgeiz besitzt, sich ein literari- sches Urtheil anzumachen, vielmehr immer nur mit dem fürliche nimmt, was bereits anderwärts die Feuerprobe be- standen hat, so konnte das geradezu unerhörte Ereigniß eintreten, daß der Verfasser des „Hannibal“ als Lorbeer- gekrönter Dichter abschieben durfte. Unergründlich für uns ist es, wie die Theaterleitung dazu kommen konnte, eine solche Dichtung, in der die handelnden Personen auf der Bühne ohne jedes sichtbare Ziel und jeden erkennbaren Zweck drei Stunden lang geremtes und noch viel mehr aber ungereimtes Zeug reden, herauszubringen; uner- gründlich ist der Fall besonders deshalb für uns, wenn wir bedenken, daß diese selbe Theaterleitung an den ernstesten literarischen Erzeugnissen der Gegenwart fast immer achlos vorübergeht. Klug, ja sogar im Interesse Friedemann's selbst, hätte man gehandelt, wenn der „Hannibal“ auch fernerhin in tiefsten Schrein gelagert hätte; denn „Hannibal“ ist sowohl literarisch, als auch ganz besonders theatertchnisch — und darüber sind wir am meisten erstaunt — so minderwerthig, daß wir beim besten Willen nicht in der Lage sind, auch nur eine einzige Lichtseite zu entdecken. Worte sind es, nichts als Worte, die Friedemann in drei Akte mit je drei Szenen gepreßt hat, und wo sich ja einmal ein Gedanke zeigt, handelt es sich lediglich um alte Klänge in neuer Prägung. Kurz: es handelt sich um eine Admetragödie, wie sie nach der Sage jeder deutsche Primaner einmal in jugend- lichem Leichtsinne verbrochen soll. Mit dem Ehrgeiz allein, es Schatepeare, Goethe und Schiller nachzutun, ist es nicht gethan, man muß mindestens auch das nöthige Nützige dazu haben; da aber dieses völlig mangelte, so ist nicht einmal ein schwächlicher Aufzug zu Stande ge- kommen. Wenn gar Friedemann sich etwa angemaßt haben sollte, mit seinem andramatischen Drama die moderne, vom Zeitgeist durchpulste Dichtung zu über- mindern, so hat er ein schmähhches Fiasko erlitten und bei seinem Narusfluge sich arg die Fittiche verlegt. Wenn überhaupt irgend etwas an der Aufführung zu rühmen war, so war es einzig allein die kostbare Aus- stattung, die man sich geleistet hatte, das eigenartig-schöne Kostüm von Fr. Dewald und als letztes, aber nicht Ge- ringstes, der Theaterdonner. Der Bühnenarbeiter, der Sonnabend die Donnermaschine in Bewegung zu setzen hatte, sollte, ohne Scherz, eine Ertragratifikation erhalten; denn in den ganzen neun Jahren — d. h. so lange wir das hiesige Theater besuchen — hat man noch nie so schön gedonnert, das Gewitter überhaupt so anschaulich gemacht, wie am Sonnabend. Und nun: Schwamm drüber!

Letzte Nachrichten.

Gleiwitz. In dem Grubenunglück auf der „Königin Luise-Grube“ wird vom Sonnabend amt- lich gemeldet: Die größte Zahl der noch vermißten Berg- leute hat sich im Bremschacht selbst vorgefunden; sie sind

durch Brüche in der Grundstrecke abgebrochen worden. Es sind bis auf zwei Mann sämtliche Leichen geborgen. Ein dritter Mann (Pferdeführer) wurde ohne Kopf herausgezogen. Die beiden noch vermischten Bergleute sind ebenfalls Pferdeführer und werden wohl unter den Schuttmassen der Grundstrecke aufgefunden werden. Die Aufwältigungsarbeiten schreiten rüstig voran. Den Bergungsarbeiten kam es zu statten, daß die in Betracht kommende Hauptförderstrecke nicht auf volle 600 Meter zu Bruch gegangen war, sondern daß der mittlere Teil von 200 bis 250 Meter Länge nur Beschädigungen der Zimmerung zeigte und deshalb ein rasches Vordringen der Rettungsmannschaften ermöglichte. Vollständig verbrochen sind nur die ersten 300 und die letzten 500 Meter. Das Unglück hat also im Ganzen bis jetzt gefordert: 19 Tote, 8 Verletzte, 2 Vermisste.

Salle a. S. Vom Zuge getötet. Im nahen Döbelitz wurde Sonntag früh der Bahnhofsinspektor, der erst seit dem 1. April dort im Amte ist, beim Revidieren der Lokries von einem vorüberfahrenden Zuge zermalmt.

Braunschweig. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich Sonntag morgen in der Zuckerraffinerie an der Bahnhofsstraße. Der Arbeiter Kogel kam etwas zu spät zur Arbeit und sprang in dem Glauben, die Zentrifuge sei noch nicht im Gange, in diese hinein. Dem Unglücklichen wurde sofort der Kopf und ein Arm abgerissen, und die Leiche konnte nur vollständig zerstückelt geborgen werden, nachdem die Maschine zum Stehen gebracht worden war.

Weimar. Du sollst nicht töten! Der Raubmörder Arthur Behner, welcher die Trödlern Parz in Sena und die Trödlerei Lory in Leipzig ermordet hat, wurde Sonntag früh in dem Hofe des Landgerichtsfängnisses mit dem Fallbeil hingerichtet.

Nürnberg. Gehobene Ordnungsfähigkeit. Großes Aufsehen erregt hier die Verhaftung des Restaurateurs Jettelmeier und seiner Frau unter dem Verdachte des betrügerischen Bankrotts. Jettelmeier war der größte hiesige Baupfandant. Seine Passiva betragen mehrere Millionen.

Niedrich. Zwei Arbeiter erstickt. In der Theerproduktfabrik von Mattar sind zwei Arbeiter an giftigen Gasen erstickt. Ein hinzukommender Werkmeister wurde ohnmächtig, konnte aber wieder belebt werden.

Frankfurt a. M. Doppelmord und Selbstmord. Der 42jährige Architekt Tichampel stürzte sich Freitag in den Main; gleichzeitig nahm er die zehnjährige Tochter seiner Schwester und das einjährige Kind seiner Braut mit in die Fluthen. Alle drei ertranken.

München. Verschwinden einer Briefbeutel. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, ist ein Briefbeutel, der am 1. April von dem Postamt Neuhauserstraße ausgesertigt und für die Annahmestellung des Postamtes Bayerstraße bestimmt war, verschwunden. In dem Beutel befand sich unter anderem ein Einschreibebrief mit 19000 Mk. Inhalt.

Paris. Ein französischer Dampfer in die Luft gesprungen. Es besteht kein Zweifel mehr, daß das Schiff „Bambara“, welches der französischen Westafrikanischen Gesellschaft gehört und von Marseille nach dem Senegal bestimmt war, in die Luft gesprungen ist. An Bord befanden sich 35 Mann Besatzung und sechs Passagiere. Die „Bambara“ führte Sprengstoffe mit sich, die in anscheinend höchst leichtfertiger Weise verpackt waren. Wie es heißt, befanden sich 50000 Kilogramm Pulver und zwei Kisten mit Dynamitpatronen in einem Raume, der keine besonderen Sicherheitsvorrichtungen besaß, sondern nur für gewöhnliche Waaren bestimmt war.

Schanghai. Hungersnot. Nach einem Kabelbericht des amerikanischen Konsuls in Kanton an das

Staatsdepartement greift die Hungersnot in der chinesischen Provinz Kwangsi immer weiter um sich. Der Konsul theilt weiter mit, zahlreiche chinesische Eltern tödten ihre Kinder, und ersucht um schnelle Hilfe.

Arbeiter! Eure Pflicht ist's,

Bei jeder Gelegenheit aller-

Orts Eurer Zeitung

Neue Leser zuzuführen;

Nur dann ist die Presse

in der Lage, ihr Ziel zu er-

reichen: mit Erfolg einzu-

treten für das Proletariat!

Waren Sie schon im

Erfrischungs-Raum??

Kaffee mit Schlagsahne
Chocolade mit Schlagsahne
Cognac, Liqueur, Weine

Einheitspreis 10 Pfg.

Warenhaus Hansa.

Für die vielen Gratulationen und Glückwünsche zur Konfirmation meines Pflege Sohnes Ludwig meinen herzlichsten Dank

Frau Schmidt Ww.

Für die uns in so großem Maße erwiesenen Glückwünsche zur Konfirmation unseres Sohnes Adolf sagen hierdurch ihren innigsten Dank

J. Pöhl und Frau.

Derz. Dank für die Glückwünsche zur Konfirmation unserer Tochter Käthe sagen

F. Notmann und Frau

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Ella sagen hiermit unsern verbindlichsten Dank

Familie Beckmann.

Gesucht zum 1. Juli eine febl. Wohnung in der Stadt im Preise bis zu 180 Mk. von 2 Zimmern u. S. D. an die Exp. d. Bl.

Zu vermieten mehrere Zweizimmerwohnungen zu sofort oder 1. Juli. Näheres Herberstraße 47

Zum 1. Juli eine Wohnung enthaltend 3 Zimmer und Zubehör zu vermieten Preis 170 Mark. Magarethenstraße 25.

Suche zu sofort einen Schmiedelehrling Johs. Brindmann, Schmiedem., Pöschelstr. 1a.

Erstliche Leute, welche geneigt sind, einen Knaben von 2 1/2 Jahren in Pflege zu nehmen, wollen sich melden. Bahnhofsstraße 46/22.

Gesucht zu sof. ein älteres Mädchen oder Frau zur Gesellschaft einer Dame. Landstraße 13

Zum 1. Juli sind 3000 Mark höherer Pfandposten abzugeben. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Zu verkaufen 1 Saß 6wöch. Ferkel. Gahwirtsch. Weinberg, Haseburger Allee 73.

Erklärung.
Ferner bewilligen die berechtigten Lohnforderungen des Vereins deutscher Schuhmacher, Zehlfelle Weber, die Arbeitgeber W. Evert, Unterstraße 3, schon am 30 März und G. Brauer, Meierstraße 36, am 1. April. In beiden Geschäften hat eine Arbeitseinstellung anderer Kollegen nicht stattgefunden. Wir erlauben die Bewilligung dieses, auch diese Geschäfte bei Bedarf berücksichtigen zu wollen.
Die Lohnkommission.

St. Lorenz-Brauerei.
In dieser Woche des Charfreitags wegen am **Dienstag den 7. April: Eimer-Bier.**
Verkaufsstellen:
Herbertstraße 12.
Wildestraße 42.
Königsstraße 7.
Königsstraße 11.

Pager fertig, Särge u. Einkleidung
H. Grimm, Wickedestr. 49.

Man fordere überall
Henkel's Bleich-Soda
Unübertroffenes Waschmittel.

Spital-Größnung.
Mit dem heutigen Tage eröffne ich in der Größnerstraße Allee 105 ein
Barbier- und Friseur-Geschäft.
Johs. Lau.

Ihren reinigen . 1,50
Federn einsehen . 1,50
1 Jahr Garantie.
Uhrmacher
Aug. Büttner,
Häckerstraße 32.

Sportwagen
reizende Neuheiten, von 5 Mk. an, empf.
Carl Buchholtz
Fackenburger Allee 10b.

Empfehlungs-Karten
Sicher prompt und sauber
Die Druckerei des Läh. Volksboten.
Königsstraße 50.

Brantkränze werden preiswerth gebunden von
E. du Bois, Putz-Geschäft,
Moislinger Allee 16.
Verband d. Fabrik-, Land-, Hülfswarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.
(Zustelle Lübeck.)

Versammlung
am Dienstag den 7. April
Abends 8 1/2 Uhr
im **Vereinshaus, Johannisstr. 30/33**
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. Waifeier
4. Innere Verbandangelegenheit.
5. Angelegenheiten Verschiedenes.
NB Jedes Mitglied muß in der Versammlung erscheinen
Die Ortsverwaltung.

Spar-Klub Unter Uns.
General-Versammlung
am Mittwoch den 8. April
Abends 8 1/2 Uhr
bei **F. Lecke, Lederstrasse 3.**

Eltern

deren Söhne ein Handwerk erlernen sollen, empfehle:

Für Schlosser:
Blase Sacken 1. 1,30, 1,80 Mk.
„ Sosen 90 Pf., 1,20, 1,50, 2, 2,50 Mk.
„ Blasen 85 Pf., 1,10, 1,30, 1,50 Mk.

Für Zimmerer:
Leder- und Mancheiter-Sosen 2, 2,50, 3, 4, 5 Mk.
Leder- und Mancheiter-Becken 1,80, 2,50, 3, 4 Mk.

Für Maurer:
Leder- und Pilot-Sosen 2, 2,60, 3, 50 Mk.
Stufen 1, 1,20, 1,50 Mk.

Für Schlachter:
Fellen und Stufen 1,50, 2, 2,50, 3, 50 Mk.
Schürzen, auch Delschürzen, 1, 1,50, 2 Mk.

Für Konditor und Bäcker:
Sacken 2, 2,40, 3, 3,50 Mk.
Schürzen 90 Pf., 1,30 Mk.

Für Friseur:
Fellen 2,50, 3, 3,50 Mk.

Für Seelente:
Delsacken 3,50, 4, 4,50 Mk.
Delsosen 3, 3,50, 4 Mk.

Für Maler:
Sacken, Sosen und Mittel 1,50, 1,80, 2, 3 Mk.

An großer Auswahl empfehle auch:
Kellner-Anzüge, Hausdiener-Anzüge, Diener-Jacken
in allen Größen und sehr billig.
Louis Levy
Klingenberg 5,
Ecke Marienstraße 2 und 4.

Stadt-Theater
Dienstag den 7. April, 7 1/2 Uhr.
191. Vorst. 28. Dienstags-Ab.
Benefiz Kapellmeister Trummer.
Die Königin von Saba.
Oper in 4 Akten von Goldmark.
Mittwoch: Der blinde Passagier.
Donnerstag: Maria von Magdala.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lokal und Nachrichten“, sowie der mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich. Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lokal und Nachrichten“, sowie die mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verleger: Theodor Schwach. Druck von Friedr. Meyer & Co. — Druckerei in Lübeck.

Unterstützung mit dem 1. Januar 1904 in Kraft treten; der Mitgliedsbeitrag erhöht sich dann auf 50 Pf. wöchentlich. Der nächste Punkt der Tagesordnung war die Bleiweißfrage. Als Referent war ursprünglich Professor Dr. Sommerfeld in Aussicht genommen, der aber durch eine Reise am Erscheinen verhindert war. An seiner Stelle sprach Redakteur Mart. Hamburg. Er legte in seinen Ausführungen folgende Resolution zu Grunde: „Die in Berlin versammelten Delegierten der 9. Generalversammlung der Vereinigung der Maler z. erfuchen die Reichsregierung und die einzelnen Landesregierungen, der Erfüllung folgender Forderungen näher zu treten: Verbot der Verwendung aller bleibenden Farben im Maler-, Anstreicher-, Lackier- und Tischergewerbe. Desgleichen erwarten die anwesenden Delegierten auch, daß die Staats- und Kommunalbehörden selbst mit gutem Beispiel vorangehen, bei Vergabung der Maler- und Anstreicherarbeiten die Verwendung von Bleiweiß verbieten und bei den notwendigen Beratungen zu diesen Fragen auch Vertreter aus der Gehilfenschaft hinzuziehen.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Dann berichtete H. H. Stuttgart über den letzten allgemeinen Gewerkschaftskongress in Stuttgart. Die Frage der Einführung einer festen Gehaltskala für die Beamten und ihre Versicherung bei der Unterstützungsvereinigung der Partei- und Gewerkschaftsbeamten wird bis zur Wahl der Beamten verlagert, die Delegationsfrage zu den allgemeinen Gewerkschaftskongressen bis zur Statutenberatung; es war gerügt worden, daß der Stuttgarter Kongress zu sehr den Charakter eines Beamtenkongresses getragen habe. Im übrigen nahm die Generalversammlung Kenntnis von den Stuttgarter Beschlüssen und beschloß, das Verhältnis der Vereinigung zur Generalkommission wie bisher aufrecht zu erhalten. Die Nachmittagsitzung wurde mit der Statutenberatung ausgefüllt. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

7. Verbandstag des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Freitag wurde zunächst der Punkt „Lohnbewegungen und Streiks“ erörtert. Der Referent Mohr. Hamburg warnte davor, in von vornherein aussichtslose Streiks einzutreten. In dieses Referat schloß sich eine ausführliche Debatte, die fast die ganze Vormittagsitzung in Anspruch nahm. Verschiedene Redner bemängelten, daß die Streiks 14 Tage vorher dem Vorstande angezeigt werden sollen. Bei Streiks, die oft nur einen Tag dauerten, wäre dies überhaupt nicht möglich. Eine längere Debatte entspann sich über die Frage, ob die Freigabe des 1. Mai in die mit den Unternehmern abzuschließenden Verträge aufzunehmen ist. Es wurde eine Uebereinstimmung dahin erzielt, daß die Freigabe des 1. Mai nie ein Grund zum Streik werden dürfe. Zu solchen finanziellen Leistungen wäre die Verbandskasse nicht im Stande. Scharf getadelt wurde das selbstständige Vorgehen der Hauptstellen Hamburg II und Wandsbeck II bei dem letzten Bauarbeiterstreik. Von einer solchen Zersplitterung in den Reihen der Arbeiterorganisationen hätten nur die Unternehmer Vortheil. Schließlich wurde noch mit der Statutenberatung begonnen. In § 2 wurde der Kreis der Aufnahmeberechtigten auf die Zieglerarbeiter ausgedehnt. In § 6 wurde der Beitrag festgesetzt gleich einem durchschnittlichen Stundenlohn und zwar wird von allen Mitgliedern ein Einheitsbeitrag von 20 Pf. erhoben und ferner je nach der örtlichen Lohnhöhe ein Zuschlag für den Unterstützungsfonds, so daß der gesamte Beitrag die ungefähre Höhe des Stundenlohnes ergibt. Bisher betrug der Beitrag bei einem Verdienst bis zu 30 Pf. die Stunde 20 Pf., bis zu 40 Pf. pro Stunde 25 Pf. und über 40 Pf. pro Stunde 30 Pf. wöchentlich. Die Monate Dezember und Januar bleiben nach wie vor beitragsfrei. Die nicht unwesentliche Beitragserhöhung ist notwendig geworden durch die Donnerstag beschlossene Anstellung von 7 besoldeten Hausbeamten. Die vom Hauptvorstande vorgeschlagenen Bestimmungen über „Unterstützungen“ werden ohne wesentliche Änderungen angenommen. Gegenüber dem bisherigen Zustand sind vor Allem die Paragraphen über die Reiseunterstützung geändert. Reiseunterstützung soll gezahlt werden nach einjähriger Karenzzeit bis zur Gesamtsumme in einer Unterstützungsperiode von 30 Mark. Die Sterbeunterstützung wird nach den verschiedenen Lohnklassen auf 25-40 Mark festgesetzt. Auch hier wird eine einjährige Mitgliedschaft verlangt. Neu ist die Bestimmung, daß die Unterstützung auch an Mitglieder im Falle des Todes der Ehefrau gezahlt wird. Weitergehende Anträge, auch im Falle des Todes von Kindern der Mitglieder Sterbeunterstützung zu gewähren, finden keine Annahme.

so dann mit einer ersten gewissen Erbarmlichkeit von seinem Stuhle.

„Fräulein Marie Sendler,“ sagte er mit lauter Stimme, „ich bitte Sie nun, Herrn Weller die mir vor anderthalb Stunden mitgetheilten Eröffnungen zu wiederholen!“

Marie gab ihre Aussage in klaren, bestimmten Worten ab. Sie sei überzeugt, daß Weller es gewesen, der ihr Zwiesgespräch mit Hügel während der Nacht belauscht und danach den Entschluß gefaßt habe, den Nebenbuhler durch eine Anschuldigung zu vernichten, die durch dessen schlechten Reumund sehr gerechtfertigt klingen würde. Er sei es auch bestimmt gewesen, der das Feuer im Pferdehalm gelegt und dann, über den Hof gehend, den Hund gestreichelt habe, der einem Fremden gegenüber gewiß nicht laut anzuschlagen verfehle haben würde. Das in der Hundehütte gefundene Tuch sei jedenfalls ein höchst gravirendes Beweismittel.

„Dazu kommen noch einige sehr beachtenswerthe Momente,“ ergänzte der Amtmann, während Weller sich den Anschein zu geben suchte, als hielte er es unter seiner Würde, diesen Anschuldigungen etwas Anderes als ein verächtliches Schweigen und eine ziemlich gut geäußerte Gleichgültigkeit entgegenzusetzen. Nürnberg aber fuhr fort: „Nun stellt sich auch das angebliche nächtliche Umherstreifen des Herrn Weller in ganz anderem Lichte dar; er wollte eine Art Alibi für den Fall annehmen, als man konstatieren würde, daß er die ganze Nacht nicht in der Stadt gewesen war. Doch vor Allem klagt ihn die furchtbare Gemüthsaffektion an, die er empfand, als ich ihm die plötzliche Mittheilung machte, daß er heute Nacht auf seinem Gleichwege über den Hof gesehen wurde. Im Gegensatz hierzu,“ schloß er seine Rede mit feierlichem Nachdruck, „erscheint Herr Leopold Hügel von der wider ihn erhobenen Beschuldigung durch die bestimmte Aussage Fräulein Sendlers vollständig entlastet, und stellen sich durch die e. wäbaten Depositionen Fräulein Sendlers jene Momente, die

Soziales und Vortelleben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Maler und Anstreicher in Koblenz haben neuerdings die Forderung gestellt, Ausgelernten 3,50 Mk. und Gehilfen über 20 Jahre 3,80 Mk. Tagelohn bei zehnstündiger Arbeitszeit zu gewähren. Die Meister verhalten sich ablehnend. — In Grünwald und Grenzendorf bei Kulmbach haben 350 Weberarbeiter die Arbeit eingestellt. Sie verlangen Lohnhöhung und verkürzte Arbeitszeit. — Die Mülereiarbeiter der Ostschweiz haben eine Bewegung für die Verkürzung der Arbeitszeit eingeleitet. In mehreren Städtchens wird bereits gestreikt. — Der Streik der Pariser Möbelträger hat mit einem vollständigen Siege der Arbeiter geendet.

Vom Colmarer Kriesschauplatz. Am Mittwoch ist es abermals zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Der Führer der Ausländigen, Textilarbeiter Möhring, der am Montag verhaftet war, wurde zu Fuß vom Gefängniß zum Untersuchungsrichter verbracht, wobei aus der Menge Verwünschungen gegen die Polizei geschleudert wurden. Dies genügte, um letztere abermals zu veranlassen, dreinzuschlagen. Daß hierbei gerade Unschuldige getroffen wurden, ist nicht verwunderlich. Glücklicherweise ging es ohne Blutvergießen ab. Die Verletzungen der 15 Verwundeten vom Montag sind übrigens keine derartigen, daß für das Leben der Betroffenen befürchtet werden müßte. Am Mittwoch war auch die Militärwache requiriert worden; daß sie nicht einschritt, ist lediglich den Bemühungen des Streikkomitees zu verdanken. Die Schließung des Streiklokals wurde vom Kreisdirektor bestätigt.

Zu den Gewerbegerichtswahlen in Nürnberg, die demnächst stattfinden, stellte der Ortsverband der Christl. Dunderschen Gewerbevereine an das Gewerkschaftsamt ein etwas eigenthümliches Ansuchen, ihm nach Art eines freiwilligen Proporztes von den zu wählenden 18 Beisitzern und Hilfsbeisitzern je zwei zu überlassen. Das Gewerkschaftsamt beschloß, diesem Antrage so weit entgegenzukommen, daß dem Ortsverband auf Grund des Stimmverhältnisses der letzten Wahl, wo auf die Vertreter der freien Gewerkschaften über 17/18 aller Stimmen entfielen, je ein Beisitzer und Ersatzmann anzubieten sei. In der Antwort an den Ortsverband wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß die Christl. Dunderschen Gewerbevereine überall, wo sie im Verein mit den christlichen Arbeiterorganisationen die Mehrheit bilden, von ihrem Rechte der Mehrheit vollen Gebrauch machen und gar nicht daran denken, den freien Gewerkschaften Sitz und Stimme im Gewerbegericht zu verschaffen. Außerdem wurde noch betont, daß die freien Gewerkschaften im Prinzip für ein überall und ausnahmslos eingeführtes Proportionalwahlrecht eintreten, während sie das freiwillige Proportionalwahlrecht nicht als Verpflichtung anerkennen.

Nach deutschem Muster soll jetzt in Frankreich ein Scharfmacherverband gegründet werden. In Paris ist bereits ein Komitee zusammengetreten, das die Statuten für einen Zentralverband der französischen Industriellen ausarbeiten will.

Als sozialdemokratischer Kandidat für den dritten oldenburgischen Wahlkreis wurde der Redakteur und Landtagsabgeordnete Adolf Schulz, Delmenhorst aufgestellt.

Redakteursfreuden. Wegen Fabrikantenbeleidigung wurde der Genosse Riem als Redakteur des „Volksfreund“ vom Schöffengericht in Freiberg zu einer Geldstrafe von 30 Mk. verurtheilt. — Genosse Bruhn in Breslau soll oberösterreichische Richter beleidigt haben. Urtheil: Zwei Monate Gefängniß.

Arbeiterschutz in den Vereinigten Staaten. Kürzlich hat der oberste Gerichtshof in Providence (R. I.) eine wichtige Entscheidung gefällt. Das in Rhode Island bestehende zehnstündiges Gesetz für Straßenbahner war als nicht verfassungsmäßig angefochten worden; doch entschied der genannte Gerichtshof in letzter Instanz, daß es Zweck der Gesetzgebung sei, die öffentliche Sicherheit zu schützen. Würde aber den Straßenbahnern eine längere als täglich zehnstündige Arbeitszeit gestattet, so würde dies eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit im Gefolge haben. Das zehnstündige Gesetz bleibt in Kraft.

Aus Klub und Stern.

Das Kammergericht hat entschieden, daß der Tod

ion anfangs verdächtigen, mit einem Male gerade als Beweise seiner Schuldlosigkeit dar, so daß ich die angenehme Verpflichtung habe, die wider ihn vorgebrachte Anklage in ihrem ganzen Umfange zurückzuziehen, und ich spreche ihn daher im Namen der Staatsanwaltschaft, für die ich hier stehe, frei!“

Hügel schluchzte laut auf bei diesen Worten. Er mußte sich auf den Arm des neben ihm stehenden Gerichtsdieners stützen, um vor freudiger Bewegung nicht umzuknien.

Marie warf ihm einen trohen Blick zu, aber dann mußte auch sie das Taschentuch an die Augen führen und sich des Armes ihres Vaters bedienen.

Weller, der bisher mit aufeinandergebissenen Zähnen dagestanden hatte, schien ohne auf seine Umgebung zu achten, brach jetzt plötzlich in eine rasende Wuth aus.

„Ich weiß, was Du denkst, Du Dirne!“ schrie er jetzt, sich an Marie wendend, mit donnernder Stimme und zuckenden Lippen.

„Aber Du sollst Dich irren! Ja, ich gestehe, daß ich den Brand gelegt habe, um diesen Suben zu vernichten, — verdammt sei meine Dummheit, die mich verrieth, verdammt seien Ihre Beweise, Amtmann! Aber ich kann's ja nicht mehr leugnen, daß ich ein! — Wenn Du, Marie, jedoch hoffst, Deinen thörichten Vater schon zur Einwilligung zu einer gewissen Verbindung zu bewegen, so wird doch die Welt ein Veto dagegen einlegen, denn — Hügel ist trotz alledem ein abgestrafter Dieb. Und sollte auch das Dich nicht absprechen, so werde ich Mittel zu finden wissen, das zu verhindern, was zu verhindern meine höchste Lebensaufgabe gewesen ist. Glaubst Du, ich bin umsonst zum Verbrecher geworden, brandmarke mich jetzt vergebens zum Ehrlösen? Ich werde aber Euch schon zu treffen wissen, wenn ich meine Strafe abgehüht habe, das sage ich.“ (Schluß folgt.)

des Beleidigten das Erlöschen des Straf- antrages und damit die Einstellung des auf erhobene öffentliche Klage eröffneten Verfahrens nicht zur nothwendigen Folge hat. Eine Einstellung des Verfahrens sei vielmehr nur auszusprechen, wenn sich ergibt, daß der erforderliche Antrag nicht vorliegt oder wenn der Antrag rechtzeitig zurückgenommen ist. Demgemäß war, wie die „Rhein. Westf. Zig.“ zu dieser Entscheidung bemerkt, auch im Falle Krupp das Verfahren nicht deshalb einzustellen, weil der Beleidigte gestorben war.

Das unrevidirte Gerichtsurtheil. In einem Prozeß wegen Beleidigung eines Preisblattes gegen unsern Genossen Redakteur Dittmann von der „Arbeiterstimme“ in Solingen äußerte der Vorsitzende bei der Urtheilsbegründung: „Der Artikel bewegt sich zunächst in den Grenzen des Zulässigen, geht dann aber darüber hinaus, indem er von „Gemeinheit“ des Preisblattes spricht, von einer „berührenden Welle“ desselben und behauptet, daß sich „alle anständigen Arbeiter von dem Blatte abwenden“. Nun hat das Preisblatt in Arbeiterkreisen allerdings kaum Leser, das ist in Rücksicht auf die ganze Anlage des Blattes anzunehmen, aber die Ausdrücke sind über alles Maß hinausgegangen und sind in ihrer Allgemeinheit sehr beleidigend.“ Die „Bergische Arbeiterstimme“ wies sofort darauf hin, daß selbst nach der Ansicht des Gerichts nicht anzunehmen ist, daß Arbeiter das „Preisblatt“ in Folge dessen ganzer Anlage abonniren werden. In den schriftlichen Urtheilsbegründung heißt es jetzt anders. Dort wird gesagt: „Ganz anders als die mit ihm in Zusammenhang gebrachte „Post“ ist das „Preisblatt“ eine Zeitung, die nach ihrer Anlage... auch die Arbeiter in ihren Leserkreis einbezieht... Wenn, was nach Zeitungsnachrichten anzunehmen ist, bei der mündlichen Urtheilsbegründung das Gegentheil gesagt worden ist, so handelt es sich lediglich um einen sogenannten lapsus linguae des Vorsitzenden.“ — „Lapsus Linguae“ heißt Sprachfehler. Der Richter hatte sich also nur versprochen, was er freilich erst konstatiert hat, nachdem die Sache in der Presse zu Gunsten der Verbreitung sozialdemokratischer Zeitungen in Arbeiterkreisen benutzt worden war.

Welche Lust, Soldat zu sein! In der „Münch. Post“ bringt Genosse R. Kraft, ehemals bayerischer Offizier, eine Zusammenstellung der durch die unabhängige Presse mitgetheilten, gerichtlich abgeurtheilten Fälle von Soldatenmißhandlung sowie von vor- schriftswidriger Behandlung und Beleidigung von Soldaten durch Vorgesetzte für das erste Quartal dieses Jahres, die folgendes unerfreuliche Bild ergibt: Es handelt sich um 41 Fälle. In diesen wurden an Strafen gegen 40 Angeklagte ausgesprochen: 6 Jahre 11 Monate 28 Tage Gefängniß, 1 Jahr 7 Monate 14 Tage Festungshaft, 1 Jahr 2 Monate 24 Tage mittlerer und gelinder Arrest, 20 Tage Stubenarrest, 6 Degradationen. In Summa betragen also die Freiheitsstrafen 9 Jahre 10 Monate 26 Tage. Von diesen Strafen treffen auf Preußen 6 Jahre 11 Monate 28 Tage Gefängniß, 1 Jahr 1 Monat 14 Tage Festungshaft, 141 Tage mittlerer und 37 Tage gelinder Arrest, 12 Tage Stubenarrest, 6 Degradationen. Preußen hat somit die schwersten Mißhandlungen, die mit Gefängniß, Festungshaft und Degradation bestraft werden mußten, fast allein auf seinem Konto! Die Statistik enthält selbstverständlich nur einen Theil aller Fälle, da viele gar nicht zur Kenntniß gelangen und andere disziplinarisch erledigt werden. Aber auch in ihrer Mangelhaftigkeit beweist sie schlagend, wie sehr noch immer auf diesem Gebiet gefehlt wird. — Nach Fertigstellung dieser Statistik wurde auch eine Pferdmißhandlung bekannt. Ein Mann des 10. Husaren Regiments in Stendal wurde zu 1 Jahr Gefängniß und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurtheilt, weil er ein Pferd das sich gewohnheitsmäßig abhalserte, mit einer Lanze in die Seite gestoßen hatte. Besonders schlimm kann die Sache nicht gewesen sein, denn das Thier wird wieder dienstbrauchbar. Bedenkt man, daß der Unteroffizier Schnier von der Jülicher Husaren, der einen Soldaten mit dem Säbelkorb derart in die Seite stieß, daß der Mann schwer krank wurde mit 4 Wochen Gefängniß davonkam und der Unteroffizier Otto Paul Kupfernagel vom Füsilier-Regiment Nr. 36 für einen Faustschlag, der einem Soldaten den Kinnschaden verursachte, nur drei Wochen mittleren Arrest erhielt, so wird man zugeben, daß der Husar sehr hart bestraft worden ist.

Die Anhänger des Mormonenthums nehmen in Europa an Zahl beträchtlich zu. Das wurde jüngst bei der halbjährlichen Versammlung der Londoner „Heiligen der letzten Tage“ festgestellt. Die erstatteten Berichte wurden allgemain als befriedigend erklart und sie zeigten überall Fortschritte. Der Präsident Francis M. Lyman aus Salt Lake City, Utah, einer der zwölf „Apostel“ der Mormonenkirche, äußerte sich über die jetzige Lage der Propaganda auf dieser Seite des Ozeans. 200 Aelteste aus Utah arbeiten in den 14 Bezirken Großbritanniens, weitere 600 auf dem Kontinent. Im ganzen zählt man jetzt in Europa etwa 18 000 Anhänger des Mormonenthums. (Auch in Ube haben die Mormonen, wie wir bestimmt wissen, einige Anhänger zu wohnen. Red. d. V. B.)

Den vierzigsten Selbstmordversuch verübte, wie die Wiener Blätter berichten, ein dortiger 63jähriger Harmonikaspieler, indem er eine Phosphorlösung zu sich nahm. Die letzten Versuche, sich das Leben zu nehmen, hatte er am 19. Februar d. J. und 29. Dezember v. J. unternommen.

Südbayer Marktrevue vom 4. April.
Bauern-Butter Ffd. 1,15 Mk., Meierei-Butter Ffd. 1,25 Mk.
Hafen Std. — Mk., Enten Std. 3,50 Mk., Gühner Std.
2,00 Mk., Kühen Std. — Mk., Tauben Std. 0,55 Mk.
Gänse Ffd. — Mk., Fildgans — Mk., Schweinestop
Ffd. 0,45 Mk., Schinken Ffd. 0,85 Mk., Würstl Ffd. 1,20 Mk.
Cier 11 Std. 60 Pf., Kartoffeln 10 Liter 50 Pf., Rarper
Ffd. 1, — Mk., Karawischen Ffd. 80 Pf., Gehtle Ffd. 60 Pf.
Barische Ffd. 60 Pf., Kal Ffd. 0,90 Mk.

Sternschau-Schwartz. Hamburg, 4. April.
Der Schweinehandel verlief gut.
Zugeführt wurden 1600 Stüd. Preis: Sengschwein
— Mk., Bergschweine, schwere 48-49 Mk., leichte 48-5
— Mk., Sauen 42-47 Mk. und Ferkel 45-48 Mk. pr
100 Pfund.

Verbandstage.

Siebenter Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer. Am Freitag wurde die Statutenberatung fortgesetzt. Die von den Gauen und Gauverwaltungen handelnden Paragraphen wurden in der vom Vorstand vorgeschlagenen Fassung mit der Aenderung angenommen, daß die Zweigvereine aus ihren Lokalkassen alljährlich pro Mitglied 20 Pfg. an die Gaukasse abzuführen haben. Der Vorstand hatte 30 Pfg. beantragt. Zu den Paragraphen, die sich auf die Zentralverwaltung beziehen, lag ein Antrag vor, wonach von den Vorstandsmitgliedern alle zwei Jahre die Hälfte auszuscheiden hat. Ein anderer Antrag forderte, daß alle zwei Jahre die ältesten Vorstandsmitglieder ausscheiden. Das Resultat der Debatte war die einstimmige Ablehnung beider Anträge. Die Bestimmungen über den Verbandstag riefen eine lebhafteste Erörterung hervor, einmal über die Frage, ob die Gauvorsitzenden auf dem Verbandstag in dieser ihrer Eigenschaft erscheinen dürfen und zweitens über die Frage, für wieviel Mitglieder ein Delegierter zu entsenden ist. Sämtliche hierzu vorliegenden Anträge wurden schließlich abgelehnt; es bleibt also bezüglich der Zusammenfassung des Verbandstages so, wie es bisher war. — Vor Beginn der Nachmittags-Sitzung theilte Bömelburg mit, daß vor dem Kongreß eine internationale Maurerkonferenz tagend hat, auf der die Organisationen von Dänemark, Norwegen, Schweden, Deutschland, Holland, Oesterreich, Ungarn, Schweiz und Italien vertreten waren. Auf dieser Konferenz wurde eine Verständigung über folgende Punkte herbeigeführt:

1. Die Organisationen unterstützen sich gegenseitig in der Festhaltung des Zugewinns nach Streifen. Ueber die Deckung der hieraus entstehenden Lasten werden zwischen den in Betracht kommenden Organisationen von Fall zu Fall Vereinbarungen getroffen.

2. Die Organisationen unterstützen sich gegenseitig in der Agitation in den Grenzdistrikten. Die Regelung der Kosten unterliegt auch in diesen Fällen besonderen Abmachungen.

3. Die wandernden und die dauernd nach einem anderen Lande überziehenden Mitglieder der hier vertretenen Organisationen müssen sich der Organisation desjenigen Landes anschließen, in dem sie in Arbeit stehen. Der Uebertritt von einer Organisation in die andere erfolgt ohne Zahlung erneuten Eintrittsgeldes, sofern das betreffende Mitglied seinen Verpflichtungen in der Heimatorganisation in vollem Umfange nachgekommen ist.

4. Die Organisationen der verschiedenen Länder sollen nach Möglichkeit dahin streben, in Bezug auf das Unterstützungswesen (insbesondere Reise-Unterstützung) gegenseitig ihre Beiträge abzustimmen, damit den von einer Organisation in die andere überziehenden Mitgliedern ihre erworbenen Rechte voll anzurechnen werden können.

5. Die Organisationen tauschen gegenseitig ihre Druckfachen aus (Fachzeitungen, Adressenverzeichnisse, Protokolle und sonstige Mittheilungen); die hierin enthaltenen Anregungen, soweit sie des internationalen Charakters berühren, sind durch die Fachpresse der einzelnen Länder zu verbreiten. Mittheilungen, die einer besonders schmerzlichen Erlebung bedürfen (Mittheilung der Streifen, über drohenden Zugzug usw.), sollen nach Möglichkeit in der Sprache desjenigen Landes abgefaßt sein, an das sie gerichtet sind.

6. Als Verbindungsorgan wird „Der Stein“, Fachorgan des deutschen Maurerverbandes, bestimmt. Von der Einsetzung eines besonderen internationalen Sekretariats wird vorläufig Abstand genommen.

7. International Konferenzen sollen nach Bedarf und nach vorangegangener Verständigung zwischen den Vertretern der in Betracht kommenden Organisationen stattfinden.

Zu Punkt 3 wurde ferner folgende Resolution ange-

nommen: „Wegen der Verschiedenheit der Organisationsverhältnisse spricht die Konjunktur den Wunsch aus, daß die verschiedenen Verbände Anordnungen über einen Qualifikations-Ausweis für reisende Mitglieder treffen, so daß diese wandernden Kollegen Mitglieder der Organisation ihres jeweiligen Aufenthaltslandes werden können und damit das Recht erhalten, dort zu arbeiten.“

Hierauf setzte der Verbandstag die Statutenberatung fort. Erledigt wurden die von den Beiträgen handelnden Anträge. Nach den bisherigen Bestimmungen betrug der Beitrag pro Mitglied und Woche einen Durchschnitts-Stundenlohn. Der Vorstand schlug vor, daß in Zukunft der Beitrag gleich der Höhe des zehnten Theils eines Sommer-tageslohn sein soll, berechnet nach der in dem Gebiet eines Zweigvereins allgemein üblichen Arbeitszeit und dem Durchschnittslohn. Weiter beantragte der Vorstand, daß Mitglieder, welche infolge Krankheit erwerbsunfähig sind, für die Dauer der Krankheit von der zweiten Woche ab, aber ausschließlich der Zeit, während welcher der Verband an das Mitglied Krankenunterstützung zahlt, vom Beitrag befreit sein sollen. Außer den im Statut festgelegten Beiträgen sollen einen Beitrag an die Streikkasse diejenigen zahlen, die während des Streiks innerhalb des Streikgebietes zu den geforderten oder vereinbarten Bedingungen arbeiten oder die bei Arbeitstreiks, Aussperrungen oder Sympathiestreiks zu den alten Bedingungen arbeiten oder endlich diejenigen, die bei Angriffstreiks auf Grund von Versammlungsbeschlüssen von der Verheiligung am Streik ausgeschlossen sind und ebenfalls zu den alten Bedingungen arbeiten. Nach mehrstündiger Debatte schloß sich der Verbandstag, soweit die Höhe des Beitrags in Frage kommt, im Wesentlichen den Vorschlägen des Vorstandes an; jedoch tritt zu den bisherigen 7 Lohnklassen noch eine neue achte. Mitglieder, die während der beitragsfreien Zeit eintreten, sollen für diese Zeit wöchentlich 25 Pfennig zahlen. Während der Zeit der Arbeitslosigkeit ist gleichfalls ein Beitrag von 25 Pfg. zu entrichten. Dagegen sollen im Falle der Krankheit die Mitglieder während der Zeit, wo sie Krankenunterstützung erhalten, keine Beiträge bezahlen. Die Mitgliedschaftsdauer in einer gewerkschaftlichen Organisation des Auslandes gelangt zur vollen Anrechnung, sofern die Dauer des Aufenthalts im Ausland 3 Jahre nicht übersteigt. Die Gesamt-Abstimmung ergab die Annahme der so abgeänderten Vorstandsvorlage mit allen gegen 3 Stimmen. Um 7 Uhr wurde die Nachmittags-Sitzung geschlossen. Nach einer kurzen Pause begann eine Abend-Sitzung.

15. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgruppen Deutschlands. Die Sitzung wurde Freitag um 8 1/4 Uhr von Schrader-Hamburg wieder eröffnet. Zunächst erstatteten Schmidt-Breslau und Feilen Schmidt-Stuttgart den Bericht vom 4. Deutschen Gewerkschaftskongreß. Nach längerer Diskussion wird ein von Feilen Schmidt eingebrachter Antrag, gemäß dem Beschlusse des Kongresses die Gewerkschaftsbeamten bei der Unterstützungsgegenossenschaft zu versichern und die Hälfte der Versicherungsbeiträge für sie zu zahlen, in namentlicher Abstimmung mit 49 Stimmen gegen 39 abgelehnt. Der zweite Theil des Antrages, den Beitrag an die Generalkommission pro Mitglied und Quartal von 3 auf 4 Pfg. zu erhöhen, wird gegen eine Stimme angenommen. Abgelehnt werden die von Daisburg, Bergedorf, Elberfeld gestellten Anträge, die Bauarbeiterverbände zu einem Zentralverband zu verschmelzen. Annahme wurde in die Vertagung des Donnerstags bei den Maurern berathenen und angenommenen Kartellvertrag zwischen den Bauarbeitern, Maurern und Zimmerern eingeleitet. Der Vertragentwurf wird von Schrader-Hamburg erklärt und dann dechthellos gegen eine Stimme angenommen. Dann erstattete Lewin Bericht Namens der Kommission, welcher die Anträge auf Beitragserhöhung überwiegen ließ. Die Kommission schlägt vor, die Beiträge in Zukunft 4 Wochen lang vom 1. März an zu erheben, und zwar in den 4 Lohnklassen

20, 25, 30, 35 Pfg. wöchentlich; dazu sollen Zuschläge für den Lokalfonds von mindestens 10, 15, 20, 25 Pfg. in den einzelnen Lohnklassen erhoben werden. Des weiteren beantragt die Kommission die Anstellung von besoldeten Gauvorsitzenden bezugs intensiverer Agitation, und ferner eine Erhöhung der Streikunterstützung um 20 Pfg. pro Tag in jeder Lohnklasse, für Kinder sollen statt 50 Pfg. wöchentlich 15 Pfg. täglich bezahlt werden. Die Diskussion wird zunächst lediglich über die Einsetzung besoldeter Vertrauenspersonen weitergeführt und der diesbezügliche Antrag der Kommission angenommen. Nach weiterer Diskussion werden die von der Kommission beantragten Beiträge in namentlicher Abstimmung mit 55 Stimmen gegen 32 angenommen, die Mindestsätze für den Lokalfonds dagegen mit 45 Stimmen gegen 42 abgelehnt. Zur Annahme gelangt dann ein Antrag, wonach die Beiträge incl. Lokalzuschlag mindestens einen Stundenlohn betragen. Gleichfalls angenommen wird die von der Kommission beantragte Erhöhung der Streik-Unterstützung; ebenso die Gehaltsätze für die neu einzusetzenden Vertrauensleute. Weiter heben wir hervor: Der Vorstand beantragt, bei der Reiseunterstützung vom Kilometergeld wieder abzugehen, sie vielmehr in jeder Zahlstelle auf 75 Pfg. festzusetzen und die zulässige Höhe von 18 Mk. auf 21 Mk. zu erhöhen. Der Antrag wird angenommen. Angenommen wird ferner ein Antrag Dehmichen-Dresden, wonach Gemeinregelte 2/3 ihres bisherigen Tageslohnes bis zu sechs Wochen als Unterstüttung erhalten sollen; des weiteren ein Antrag Berlin, vollkommen arbeitsunfähige Mitglieder, die über 60 Jahre alt sind und 10 Jahre ihre Verpflichtungen erfüllt haben, auf ihren Antrag von der Beitragspflicht zu befreien.

9. Generalversammlung der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder Deutschlands. Am Freitag wurde die Frage der Einführung einer Arbeitslosen-Unterstützung sehr eingehend erörtert. In der Zeit vom 1. Juli 1901 bis zum 30. Juni 1902 ist von der Organisation eine Statistik über die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern aufgenommen worden. Die Zahl der Befragten betrug 8592, von denen 4046 verheiratet und 4546 ledig waren. Im Laufe des Jahres waren arbeitslos 6215, erkrankt 1450, das sind 72 Prozent und 17 Prozent der Befragten. Die Gesamtsumme der Tage der Arbeitslosigkeit betrug 318453, so daß auf jeden Befragten 37,06 Tage der Arbeitslosigkeit im Durchschnitt kamen. Die Gesamtsumme der Krankentage betrug 7266, auf jeden Befragten im Durchschnitt 0,84 Tage. Der Vorsitzende Töbler macht darauf aufmerksam, daß bei Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung durch den Verband mit einer höheren Zahl von Tagen der Arbeitslosigkeit gerechnet werden müsse, da in der stillen Zeit jetzt viele Kollegen elend bezahlte Gelegenheitsarbeit annehmen, auf die sie, sobald sie unterstützungsberechtigt sind, verzichten würden. Der Referent rath trotzdem zur Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung, wenn die notwendige Vorsicht nicht außer Acht gelassen werde. Die Karenzzeit müsse 2 Jahre betragen und die Höchstleistung, als welche eine tägliche Unterstützung in Höhe von 1 Mark während 6 Wochen vorgeschlagen wird, solle erst nach sechs-jähriger Mitgliedschaft gewährt werden. Sobald die Statistik versicherungstechnisch bearbeitet und so feste Grundlagen gewonnen seien, könne die Arbeitslosenunterstützung unter Erhöhung der Wochenbeiträge auf 50 Pfg. voraussichtlich eingeführt werden. Der Gedanke, zu Gunsten der Arbeitslosen-Versicherung die jetzige Kranken-Unterstützung aufzuheben, sei taktisch verfehlt. Sämtliche Redner traten prinzipiell für die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung ein. Nur über die Länge der Karenzzeit, die Höhe der Beiträge und der Unterstützungen ist man verschiedener Meinung. Schließlich wird mit allen gegen 4 Stimmen der Vorstand beauftragt, das Projekt einer Arbeitslosen-Unterstützung auszuarbeiten und im Laufe des Sommers zur Urabstimmung zu bringen. Wird das Projekt angenommen, so soll die Arbeitslosen-

Schlechter Mensch.

Kriminal-Novelle von Carl Ed. Klopfer.

17. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Der erste Finger war eigentlich kein Mensch, sondern ein Thier, weshalb das Defizit der effizienteren Fendvertheiligung nicht so schwer in die Waagschale fällt. Beinahe jedes Thier also setzte sich in den Besitz dieses Tages, barg es in seiner Höhle und hätte es vornehmlich wohl zu eigenen, übrigens nicht ganz klaren Zwecken verbraucht, wäre nicht der allgewaltige Tod diesem egoistischen Verhaben hinterad in den Weg getreten, oder — was mich prolakischer und verständlicher auszuwählen — man fand heute Morgen dieses Thier in der Höhle des todtten Haiswunders Phylax, wohin es der getreue Richter des Sandler'schen Hofes ungewisslich verschleppt.

Der Mann behielt noch immer den leichtesten Scherzen der Konversationen bei, theilte aber während seiner Rede einige verächtliche Blicke zwischen der bereits erwähnten Tapetenstühle an der einen Seitenwand nach dem Gesicht des vollkommenen armen Herrn Weller. Ebenso argwöhnlich sah er in seinen hingeworfenen Ausführungen fort, als er wahrte er war ganz Selbstverständliches.

Sie verloren dieses Thier beschworenenmaßen zugehörte Tag, wahrscheinlich ohne darauf zu achten, wohl größtes Recht, als Sie, nachdem Sie den Brandstifter Hängel so lange beobachtet hatten, ungefähr ein Viertel nach elf Uhr über den Hof hinter der Sandler'schen Villa gingen und, vom Stallgebäude kommend, Monsieur Phylax durch einige Liegenungen betrachteten.

Weller hob den Kopf, als hier der Mann plötzlich schrie. Er sah Hamburgs Bild erst und schrie auf sich gerichtet. Da verstand er plötzlich dieses Bild und sah mit einem Schrei zusammen, dann sprach er, bleich, bestürzt im höchsten Schrecken, nach der Eingangs-

thür, nur dem Instinkt folgend, der ihn in diesem Augenblick zur schleunigsten Flucht rief.

Aber schon in der nächsten Sekunde erkannte er die verhängnisvolle Unüberlegtheit dieses Schrittes, als er Hamburg's Hand energisch auf den Knopf der Thürklingel fallen sah. Er knirschte vor Wuth über sich selbst mit den Zähnen, als die Thür aufging und die stämmige Figur des Gerichtsdieners auf der Schwelle erschien, hinter welchem draußen auf dem Korridor die Uniformen von drei oder vier anderen handfesten Gerichtspersonen sichtbar wurden.

Weller taumelte bei diesem Anblick in einen Stuhl und stöhnte; kalter Schweiß rann ihm auf der Stirne.

„Sind die bestellten Personen am angegebenen Orte?“ fragte der Kammermann jetzt bößlich im Tone seiner Berufs-tuscheln.

Der Gerichtsdienstler winkte ein kommendes Ja und deutete verstoßen auf die geheimnißvolle Tapetenstühle.

Hamburg nicht befriedigt und erstarrt den Diener mit einer entsprechenden Geberde, dann näherte er sich langsam dem Stuhle Weller's, vor welchem er mit erstem Blick stehen blieb.

„Sie haben jetzt wohl selbst die Erfahrung gemacht, die mir in meiner Praxis geläufig geworden ist.“ sagte er, ihm auf die Schulter klopfend, „die Erfahrung, daß das schlechte Gewissen oft gerade dem raffiniertesten Schurken zum Ber-räucher wird. Die feinsten Berechnungen werden mitunter durch plötzliche Toipelleiten zerstört, die der Unkundige, der oberflächliche Beobachter geradezu unbegreiflich findet an einem so kalten kalkulirenden Intriganten, wie Sie einer sind. Das Kriminalisten ist es allerdings eine längst bekannte Thatsache, daß der, der die feinsten verbrochenerischen Netze zu knüpfen versteht, sich am leichtesten selbst darin verwickelt oder Unvorsichtig auf ganz simple Manier ins Gera geht. Gratuliren Sie mir zu diesem Erfolge, Herr Weller — und be-halten Sie sich bei sich selbst!“

„Ja weiß nicht, was Sie wollen,“ rief Weller auf-

springend und sich rasch wieder in den Besitz seiner frechen Sicherheit setzend.

„Ich verstehe nur, daß Sie sich unverschämte Beleidigungen gegen mich erlauben, die Ihnen theuer zu stehen kommen dürften. Ich werde mich an geeignetem Orte über Ihr unqualifizierbares Vorgehen beschweren, welches ich unbegreiflich finde, wenn ich nicht annehmen will, daß Sie verückt oder betrunken.“

„Geben Sie sich keine Mühe,“ unterbrach ihn der Ant-mann scharf und kalt, hinter den Gerichtsdienstler tretend und dreimal auf die Klingel schlagend.

„Ihre kede Citrone kann jetzt den unverzeihlichen faux pas von vorhin nicht mehr ungeschehen machen!“

Auf das Klingelzeichen öffnete sich jetzt die Tapeten-stühle. Mehrere Personen traten in das Zimmer. Zuerst Fräulein Sandler, unmittelbar hinter ihr der Vater, dann — einige Schritte von den Vorangehenden getrennt — Leopold Hängel, und hinter diesem zwei Gerichtsdienstler und der Protokollführer, der sogleich seinen Platz am Gerichts-tische einnahm.

Weller erbebt am ganzen Körper; mit schwerer Hand stützte er sich auf seine Stuhllehne.

Marie war etwas blaß, aber auf ihrem Gesichte lagerte der Ausdruck einer zielbewußten Festigkeit, Herr Sandler blickte scharf auf seinen Kompagnon und wollte offenbar noch nicht recht an das glauben, was er erst vor kurzer Zeit vernommen haben konnte.

Hängel trug indessen noch die Miene völliger Unkenntnis der Sachlage zur Schau. Auf seinem hübschen Gesichte mischten sich zu gleichen Theilen Mißtrauen und feurige Ueberraschung beim Anblick Mariens.

In der nun eintretenden Pause, die etwas unendlich Feierliches in ihrer starren Ruhe hatte, trat einer der Gerichts-dienstler leise an den Tisch und legte ein kleines Paket dahin, dem Kammermann etwas in's Ohr flüsternd.

Hamburg nicht mit zufriedener Miene und erhob sich